Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

109 (12.5.1950)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 38, Ruf Nr. 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13—15, Ruf 3421/25—01, Karlsruhe, Amalienstraße 69 Ruf 4023, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 109 — Freitag, 12. Mai 1950 — Preis 15 Pfg.

Allianz der Kanonenkönige links und rechts des Rheins

Französisch-deutsche Schwerindustrie — ein weiterer Schritt zum Kriege

Die Kanonenkönige links und rechts des Rheines unter einen Hut! Darüber hat der amerikanische Außenminister Acheson mit den französischen Ministern Schuman und Bidault in Paris am Vorabend der Londoner Außenministerkonferenz verhandelt und man kam zu einer Uebereinstimmung, was aus der Erklärung zu schließen ist, die Außenminister Schuman am Dienstagabend in Paris in einer Pressekonferenz bekanntgab. Eine „hohe Behörde" soll geschaffen werden unter einem Präsidenten, der „durch Uebereinkunft Deutschlands und Frankreichs", das heißt, der Kanonenkönige dort und hier „und etwaiger weiterer teilnehmender Länder zu ernennen wäre." „Die Entscheidungen der Hohen Behörde hätten in allen Mitgliedstaaten der neuen Wirtschaftsorganisation Exekutivgewalt, eine Berufungsmöglichkeit ist jedoch vorgesehen," heißt es in den Berichten.

Zu diesem Zusammenschluß der deutschen mit der französischen Schwerindustrie, indem der französische Imperialismus nach außen hin führt, hat Amerika durch Mister Acheson nicht nur seinen Segen gegeben. Die „amerikanische Unterstützung für Indochina", das heißt, des Krieges, gegen das indochinesische Volk, ist vielmehr, „möglicherweise", wie es in einer Londoner DPA-Meldung heißt, abhängig gemacht worden von der Bereitwilligkeit Frankreichs, diesen neuen Vorschlag, d. h. den Zusammenschluß der deutschen mit der französischen Schwerindustrie, vorzubereiten. Es ist also der amerikanische Imperialismus, der das Oberkommando über die vereinigte französisch-deutsche Schwerindustrie haben wird. Damit erledigt sich von selbst das Gerede Adenauers über „die dritte Kraft", die der Europarat zwischen den USA und der Sowjetunion darstellen solle. Das offen feindselige Verhalten Adenauers gegenüber der Sowjetunion bei jeder sich bietenden Gelegenheit läßt gleichfalls keinen Zweifel darüber, welche Ziele dieser Wortführer der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie mit seiner Befürwortung des Beitritts der Kolonie Westdeutschland zum Europarat verfolgt. Damit ist aber auch erklärt, wie die Behauptung, es werde „zwischen Deutschland und Frankreich" keinen Krieg mehr geben, zu werten ist, die der ganzen Sache einen friedlichen Anstrich geben sollte.

Unter den Zielen, die der neuen Organisation der französischen und deutschen Schwerindustrie gestellt sind, wird eine Steigerung des Exports genannt. Aber wohin soll exportiert werden, da doch Amerika die Ausfuhr insbesondere von Stahl in die aufnahmefähigen Länder des Ostens unter strenge Kontrolle gestellt hat, da insbesondere dem innerdeutschen Handel, dem Handel zwischen Ost und West in unserem eigenen Vaterlande, außerordentliche Hemmnisse im Wege stehen? Das ist ja gerade eines der Ziele der Vereinigung der deutschen mit der französischen Schwerindustrie, daß die Kluft noch tiefer gemacht und die Spaltung zwischen Ost und West endgültig werde.

Aber Dr. Adenauer will Afrika „erschließen" und dorthin exportieren. Aber wer soll denn da die deutschen Waren kaufen, und wer soll sie bezahlen? Um die Jahrhundertwende und in den folgenden rund 1½ Jahrzehnten, als der deutsche Imperialismus auf Eroberungen in Afrika ausgegangen war, wurden dort Millionen und aber Millionen Steuergelder deutscher Werktätiger verpulvert, die das Reeder-Kapital, die Schwerindustrie und die Banken in ihren abgrundtiefen Taschen verschwinden ließen. Aber heute, wo Westdeutschland selber eine Kolonie ist? Und die USA, die im eigenen Lande für Milliarden Lebensmittel aufkaufen und sie verfaulen lassen, weil sie nicht abgesetzt werden können, um die Preise zu halten: sollten die vielleicht Adenauers Afrika-Geschäft finanzieren?

Daß seine Rechnung nicht stimmt, weiß Adenauer ganz genau.

Allgemeine Erhöhung des Lebensstandards wird in der amtlichen Pariser Erklärung als Folge der bevorstehenden Aktion versprochen. Aber die gesteigerten Rüstungen zum Kriege gegen die Sowjetunion und gegen die volksdemokratischen Länder, die durch den Zusammenschluß der deutschen mit der französischen Schwerindustrie leichter werden sollen, legt dem Volke neue unerhörte Lasten auf und muß ihren jetzt schon tiefen Lebensstandard noch weiter herabdrücken.

Eine bessere Verwendung der Arbeitskräfte soll weiterhin erzielt werden. In verständliches Deutsch übersetzt heißt es, daß deutsche Arbeitslose zur Arbeit in den französischen Kohlengruben und Eisenhütten kommandiert werden sollen, nicht nur um dort für billigen Lohn zu schaffen, sondern auch, um sie — die Ausländer, die obendrein unter dem Ausländer-Ausnahmerecht stehen — gleichzeitig als Druckmittel gegen die fortschrittlichen Arbeiter Frankreichs zu benutzen.

Der Zusammenschluß der deutschen mit der französischen Schwerindustrie einschließlich der des Saargebiets bedeutet alles in allem einen schweren Angriff auf die nationalen und sozialen Interessen des deutschen Volkes. Er bedeutet eine Steigerung der Kriegsgefahr. Adenauer aber erklärt, diesen Anschluß der deutschen an die französische Schwerindustrie unter amerikanischem Oberkommando, diese weitere folgenschwere Unterordnung deutschen Lebens unter die Interessen fremder imperialistischer Mächte als die Erfüllung von Hoffnungen und Plänen, die er seit einem Vierteljahrhundert gehegt und gepflegt hat.

Um diese wahrhaft antinationale, antisoziale und friedensfeindliche Politik durchzusetzen- plant die Regierung Adenauer Ausnahmegesetze gegen alle wirklich vaterländisch gesinnten Männer und Frauen, gegen das ganze, um seine Existenz ringende Volk in den Westzonen, unter der Maske eines Versammlungsschutzes und ähnlicher Dinge.

Gegen die Adenauer-Politik müssen die deutschen Arbeiter einig zusammenstehen, muß das ganze deutsche Volk in der Nationalen Front sich wenden. Eine deutliche Absage an den Adenauer-Kurs ist die Massenbeteiligung an der Aechtung der Atombombe und an der Verurteilung der Regierung, die sie zuerst anwendet, als Kriegsverbrecher. Wenn wir entsprechend den Stockholmer Beschlüssen des ständigen Komitees des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden die Unterschriftensammlung gegen die Atombombe und die Atomkrieger mit noch größerer Energie weiterführen, dann handeln wir auch im Sinne der französischen Arbeiter, und der Masse des französischen Volkes, das im Kampf um die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit der Völker, im Kampf um die Verteidigung des Friedens gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter in vorderster Front steht.

I. H.

Unter dem Diktat der USA-Imperialisten

Achesons Ziel: Umwandlung des Kalten Krieges in den Heißen — Dies gilt es durch Stärkung der Friedensfront zu verhindern!

Düsseldorf. (EB) Das „Freie Volk", Zentralorgan der KPD, schreibt zu der Pariser Vorbesprechung und zur Londoner Konferenz der drei Außenminister: „Sie haben den Zweck, neue Wege des Westens im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die ganze friedliebende Welt zu erforschen und seine Umwandlung in einen heißen Krieg mit größter Eile zu betreiben. Zu diesem Zweck machte Frankreichs Außenminister Adenauer den Vorschlag der Zusammenfassung der gesamten Kohle und Stahlindustrie Frankreichs und Deutschlands zu einer gemeinsamen hohen Behörde. Schuman erklärte, daß bei Annahme dieses Planes jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland in Zukunft materiell unmöglich sei. Er verschwieg, was Adenauer dann mit deutlichen Worten über die Kartellbildung in einem Ausmaße, wie sie die Welt bisher noch nicht gekannt hat, zu einem Korrespondenten der „New York Times" äußerte:

„Westdeutschland wünscht von den Westmächten die Zusicherung, daß sie die Grenzen der Bundesrepublik verteidigen werden. Im Kriegsfall gibt es für Westdeutschland keine Neutralität. Ein Zusammengehen mit dem Bolschewismus ist undenkbar. Darum muß unser Ziel sein, Westeuropa vor der kommunistischen Gefahr zu schützen und weiterhin unseren Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe zu leisten."

Damit gibt Adenauer unumwunden zu daß er bereit ist, Westdeutschland zu einem Aufmarschgebiet einer internationalen Armee des Finanzkapitals zu machen."

Das Zentralorgan der Komunistischen Partei Frankreichs, „L'Humanité", stellt zu dem Schuman-Plan fest:

„Schuman ging mit seinen Vorschlägen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland viel weiter, als es die deutsen Kriegshetzer gewagt hätten. Diese Vorschläge wurden unmittelbar nach der Besprechung zwischen Acheson und Schuman gemacht. Sie wurden vom amerikanischen Imperialismus diktiert."

Das Pariser Blatt „Liberation" legt seine Haltung in folgenden Worten nieder: „Der Vorschlag ist von dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson angeregt worden und steht im Zusammenhang mit dem amerikanichen Plan einer Intensivierung des Kalten Krieges. Die amerikanische Politik, die auf eine Welt-Hegemonie abzielt, macht es erforderlich, daß sämtliche Schlüsselindustrien Westeuropas amerikanischer Kontrolle unterstellt werden."

Die „Prawda" schreibt in ihrem Kommentar zum Schuman-Vorschlag, der französische Plan sei auf Druck der amerikanischen Bankiers zustande gekommen. In einem Artikel des Pariser „Prawda"-Korrespondenten heißt es, der Vorschlag sei eine Neuauflage des französisch-deutschen Industriekartells der zwanziger Jahre. Die Tatsache jedoch, daß diesmal nicht auf privater Grundlage, sondern zwischen den Regierungen Frankreichs und Deutschlands verhandelt werden sollte, beweise, wie weit die Abhängigkeit von Washington bereits gediehen sei.

Es stehe fest, daß die französischen Pläne von den amerikanischen Imperialisten diktiert seien, die die Positionen der ihnen unterstellten Ruhrmagnaten weiter ausbauen wollten. Die Amerikaner betrachteten heute die Ruhr als ihr Hauptarsenal in Europa. Frankreich falle nur die Rolle eines Zulieferbetriebes für dieses Arsenal zu. Aber auch die Bundesrepublik werde bei Zustandekommen des vorgeschlagenen gigantischen französisch-deutschen Industrietrusts keine beherrschende Rolle spielen. Die Herren dieses Trusts würden die leitenden Männer der Chase National Bank und die amerikanischen Stahlkönige der United States Steel Corporation sein, die schon im Juli 1948 die Ruhr für sich beschlagnahmten und überall ihre Agenten unterbrachten, die sie unter den ehemaligen Hitler-Anhängern warben.

Londoner „Empfang" für Acheson

Frauen demonstrieren vor US-Botschaft - Geheime Kriegkonferenz beginnt

London. (EB) Unmittelbar nach dem Eintreffen des amerikanischen Außenministers Acheson in London zur Kriegskonferenz der drei Westmächte demonstrierten zahlreiche Frauen vor der amerikanischen Botschaft für den Frieden.

Sie trugen Schilder mit sich, auf denen die Worte standen: „Yankees in England bedeuten Bomben auf England" und riefen nach dem amerikanischen Außenminister. Polizei versuchte den Frauen die Schilder zu entreißen. Eine Delegation begab sich in die Botschaft und sprach mit einem amerikanischen Beamten. Die Londoner Frauen forderten eine allgemeine Abrüstung der Großmächte, die Erhaltug des Weltfriedens und die Zurückziehung der amerikanischen Bombengeschwader aus England.

McCloy hinzugezogen

Die Besprechungen zwischen den Außenministern Bevin und Acheson haben in Anwesenheit mehrerer „Sachverständiger" begonnen. Ueberraschend wurde der amerikanische Hohe Kommissar für Deutschland, McCloy, zu den Besprechungen hinzugezogen. Die Deutschland-Frage ist also hinter den verschlossenen Türen behandelt worden. Reuter meldet, daß der USA-Minister bereits Beschlüsse über die Bildung eines imperialistischen Kartells der Schwerindustrien der Ruhr und Lothringens angeregt hat. Die Deutsche Presseagentur schreibt zu den Besprechungen: „Es verstärkt sich der Eindruck, daß das beherrschende Thema der Konferenzen die Straffung der politischen Strategie auf der ganzen Front des kalten Krieges vom Eismeer über Deutschland, östliches Mittelmeer, Südostasien bis Japan ist, daß aber der deutschen Situation eine besondere Bedeutung beigemessen wird . . ."

Die Frauen und Mütter der britischen Hauptstadt haben den Kriegsstrategen vom Eismeer bis nach Japan, die unsere Heimat und unsere Menschen in ihre Pläne einbeziehen, die richtige Antwort erteilt.

Im Streiflicht gesehen

Meuterei im Trierer Gefängnis

Trier. (dpa.) Fünf Strafgefangene eines Arbeitskommandos meuterten dieser Tage im Trierer Gefängnis. Sie schlugen den diensthabenden Wachtmeister und den Flurwärter nieder, konnten dann jedoch überwältigt werden.

Wie von dem Polizeidirektor in Trier mitgeteilt wurde, haben die fünf Insassen einer Zelle gemeinsam die Tat — die ihnen die Flucht ermöglichen sollte — vorbereitet. Mit einem bereitgestellten Schemelbein wurde der Wachtmeister bewußtlos geschlagen. Auch der Flurwärter wurde niedergeschlagen; seine Hilferufe wurden jedoch gehört.

Geldfälscherbande in USA ausgehoben

Washington. Einer der großten Geldfälscher-Organisationen in der amerikanischen Geschichte konnte jetzt das Handwerk gelegt werden. Wie der USA-Finanzminister John Snyder bekanntgab, wurden im Verlauf der viermonatigen eingehenden Untersuchungen insgesamt 74 Personen verhaftet. Die Bande hatte Falschgeld im Werte von etwa einer Million Dollar (4,2 Millionen DM) — je zur Hälfte in amerikanischer und in kanadischer Währung — gedruckt. 45 000 Dollar davon konnten in Umlauf gebracht werden. 280 000 Dollar wurden beschlagnahmt. (Nach Reuter und afp.)

Zwei Selbstmordversuche eines Brandstifters im brennenden Haus

Biberach. (dpa) Zweimal versuchte der Nachtwächter und Landwirt Josef Maucher aus Hörenhausen im Kreis Biberach (Südwürttemberg) am Dienstagabend, in den Flammen seines von ihm selbst angezündeten Anwesens Selbstmord zu verüben. Erst wollte er sich in der brennenden Scheune erhängen, konnte aber von seinen beiden Söhnen abgeschnitten und ins Freie gezogen werden. Als er sich kurz darauf noch einmal in die Flammen stürzte, um lebendig zu verbrennen, gelang es einem Nachbarn, ihn wieder herauszuziehen. Maucher, den der Trunk und zerrüttete Familienverhältnisse zu der Verzweiflungstat getrieben haben, wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus eingeliefert. Haus und Scheune brannten völlig nieder.

Riesige Ueberschwemmungen in den USA

Chikago. In den Staaten Nord-Dakota, Minnesota und Nebraska sind durch riesige Ueberschwemmungen Tausende von Menschen obdachlos geworden. 17 Personen werden bisher vermißt oder sind ums Leben gekommen. Auch jenseits der kanadischen Grenze, in Süd-Manitoba, mußten 15 000 Personen ihre Häuser räumen. Weitere zehntausend stehen vor der Evakuierung.

Die besonders bedrohte kanadische Stadt Winnipeg erhielt eine Warnung durch die mit der Abwehr der Hochwassergefahr betrauten Behörden. Möglichst viele Kinder und Frauen sollen die Stadt sofort verlassen. Der „Rote Fluß" bei Winnipeg hat den normalen Pegelstand bereits um drei Meter übersehritten und steigt weiter. Die Räumung des gesamten Gebiets zwischen Winnipeg und der USA-Grenze wird fortgesetzt.

(Nach Reuter und afp)

Unterschriftensammlung für den Weltfrieden wächst

Berlin. (EB) 600 342 Berliner zeichneten sich bis Mittwochmittag in die Unterschriftensammlung zur Aechtung der Atombombe ein, wie das Großberliner Komitee der Kämpfer für den Frieden bekanntgab. Rund 4,94 Millionen Einwohner des Landes Sachsen haben sich bis Dienstagabend in die Listen des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden zum Verbot der Atomwaffen eingezeichnet. Diese Zahl entspricht über 86 Prozent der gesamten sächsischen Bevölkerung. Nach noch unvollständigen Ergebnissen gaben bisher 87 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes Thüringen ihre Unterschrift für das absolute Verbot der Atombombe.

Eisenbahner-Streik in USA

New York. (EB) Die Lokomotiv-Heizer der vier größten amerikanischen Eisenbahn-Gesellschaften sind am Mittwoch in den Streik getreten.

Gedanken zum Muttertag 1950

Von Erika Buchmann

Der „Muttertag" wird am 14. Mai in Westdeutschland begangen werden wie seit vielen Jahren: die Kinder werden Blumen und kleine Geschenke zu den Müttern tragen, liebevolle Hände werden Gräber schmükken, die Zeitungen werden das Lied der Mütter in allen Tönen singen. Auf den Straßen werden Heckenröschen verkauft werden, ein Gedanke, der von der Frau des „Bundespräsidenten" Heuß kommt und zum Aufbau von „Müttergenesungsheimen" dienen soll. In einem Aufruf heißt es, daß man den „deutschen Müttern helfen wolle, die als Flüchtlinge, als Ausgebombte, als Witwen, als einzige Betreuer ihrer Familien, kurz als vom Leben Geschlagene die Not unserer Zeit schwerer tragen als irgendein anderer . . . Man muß sie einmal für kurze Zeit von ihrer täglichen Sorge befreien, muß ihre Kinder in Heimen unterbringen oder die Familie in sonstiger Weise versorgen, um sie für kurze Wochen in eine heitere und schöne Umgebung versetzen, in der sie endlich einmal aufatmen kann."

Parole am Muttertag:

Mutter, gib Deine Unterschrift für die Aechtung der Atombombe und für den Frieden!

Wir sagen laut und deutlich: mehr muß man für die Mütter tun, viel viel mehr. Man muß ihnen zeigen, daß es nicht nötig ist, daß Mütter, Flüchtlinge, Ausgebombte, einzige Betreuer ihrer Familien und Geschlagene sind. Man muß ihnen helfen, zu erkennen, daß weder Entbehrungen noch Kriege notwendige Uebel sind, mit denen man sich abfinden muß. Man muß sie lehren, Schulter an Schulter mit den Männern und ihren erwachsenen Söhnen und Töchtern die Welt mit ihrem ganzen Reichtum, ihrer ganzen Schönheit in Besitz zu nehmen. Nicht für kurze Zeit, sondern für immer, für das ganze, lange Leben muß unseren Müttern eine heitere und schöne Umgebung gesichert werden. Ihre Kinder haben ein Recht auf glückliche, lachende Mütter, die ihnen unbeschwerte Begleiterinnen auf dem Weg in das eigene Leben sein können. Unsere Mütter haben ein Recht auf gesichertes Leben für sich selbst und ihre Familien auf Arbeit, ausreichenden Verdienst, sorgloses Alter. Um dieses Recht muß man sie kämpfen lehren. Sie müssen einsehen können, daß die Welt unermeßliche Reichtümer trägt, die alle Menschen im Ueberfluß leben lassen, daß Raum für alle auf der Erde vorhanden ist, daß Kriege nicht zu sein brauchen. Wenn wir den Müttern unsere Liebe und unsere Dankbarkeit zeigen wollen, dann müssen wir sie lehren, gegen diejenigen zu kämpfen, die ihnen Not und Angst, Sorgen und Kriege um des eigenen Profites wegen aufzwingen.

Wir werden am 14. Mai zu den Müttern gehen und mit ihnen sprechen, um sie zu Kämpferinnen für eine Welt zu machen, in der für sie und ihre Kinder eine glückliche Zukunft gesichert ist.

Lehrer gegen das Komitee für „unamerikanische Betätigung"

New York. (EB) Der USA-Lehrerverband hat eine Kampagne für die Wiedereinstellung von acht New Yorker Lehrern eingeleitet, die entlassen worden waren, weil sie sich geweigert hatten, Fragen nach ihren politischen Anschauungen zu beantworten.

Norwegens Bauarbeiter verweigern Kasernenbau

Oslo. (EB) Die Bauarbeiter Oslos, Bergens und anderer norwegischer Städte haben beschlossen, die Arbeit an militärischen Bauprojekten zu verweigern, um auf diese Weise der zunehmenden Militarisierung Norwegens entgegenzutreten.

Erhöht die Wachsamkeit - stärkt die Partei!

Agent einer ausländischen Macht entlarvt

Der Parteivorstand der KPD beschloß in seiner Sitzung vom 10. 5. 1950, Kurt Müller, alias Kutschi, aus der KPD, auszuschließen.

Müller hat die Partei in hinterhältigster Weise betrogen und Verrat an ihr verübt. Er unterhielt laufend Verbindung zum Geheimdienst einer ausländischen Macht und informierte diese über parteiinterne Angelegenheiten.

Müller hat längere Zeit feindliche Elemente in die Partei eingebaut und sie gefördert. Standen solche Parteifeinde vor der Entlarvung, dann hat er sie solange wie möglich gedeckt, ihnen Informationen gegeben und so ihre endgültige Entlarvung und ihren Ausschluß erschwert.

Müller ist der Typus des abgefeimten Doppelzünglers. Während er mit dem Gegner zusammenarbeitete, tarnte er seinen Verrat dadurch, daß er sich als der entschiedene Kämpfer gegen die feindlichen Agenten in der Partei aufspielte.

Die Entlarvung von Müller wurde durch die Mithilfe von Genossen in den unteren Einheiten ermöglicht. Er konnte sein verräterisches Treiben solange durchführen, weil die Partei nicht die genügende Wachsamkeit ausübte.

Frankfurt a. M., den 10. Mai 1950.

Parteivorstand der KPD

Fritz Sperling 2. Vorsitzender der KPD

Die außerordentliche Parteivorstand-Sitzung der KPD am 10. Mai 1950 wählte einstimmig Genossen Fritz Sperling zum zweiten Vorsitzenden der KPD. Außerdem kooptierte der Parteivorstand der KPD Genossen Josef Schleifstein in den Parteivorstand und wählte ihn einstimmig zum Mitglied des Sekretariats.

Frankfurt a. M., den 10. Mai 1950.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Heimkehr nach Osten

Immer wieder reden sie davon, daß den Umsiedlern in Westdeutschland, die man hier „Flüchtlinge" oder „Vertriebene" nennt, die Heimkehr in die Heimat im Osten erkämpft werden müsse. Von dem sozialdemokratischen rechten Parteivorstand bis zu den Faschisten ganz rechts im Bonner Parlament der Spalter haben sie das Maul immer recht voll genommen. „Wenn nötig mit der Waffe in der Hand" wollten CDU-Redner sogar die Rückkehr der „Vertriebenen" erzwingen. Von dem „großen Unglück, das über sie hereinbrach, als die Wildheit der Steppe zurückkehrte", sprach man ungestraft in westdeutschen Zeitungen. Niemand aber von diesen Rednern westdeutscher Parteien und keine dieser Hetzzeitungen sprachen von dem unseligen Drang des deutschen Imperialismus nach „dem Osten", von den grausamen Unmenschlichkeiten des Nazismus gegen die Völker des Ostens. Im Gegenteil, sie wollen den Frieden brechen und neue Schuld auf sich laden — nicht etwa um der Umsiedler willen, wie sie angeben, sondern wegen ihrer Eroberungssucht. Das haben sie jetzt wieder einmal sehr drastisch bestätigt.

„Der ungarische Ministerrat hat am 25. März die Anordnungen über die Aussiedlung der ungarländischen deutschen Bevölkerung außer Kraft gesetzt. Damit ist das Potsdamer Abkommen offiziell durchbrochen worden." (Sozialdemokratischer Pressedienst, 4. 5. 1950).

Daneben muß der sozialdemokratische Pressedienst berichten, daß bereits vor längerer Zeit Jugoslawiendeutsche nach Ungarn geflohen sind, „wo sie bis heute unbehelligt blieben. Wie man hört, ist es vielen gelungen, wieder eine bescheidene Existenz aufzubauen . . . zumal sie meist bereits die ungarische Staatsbürgerschaft erworben haben."

Nun, dann ist ja alles in Ordnung, sollte man meinen, denn die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat wurde ja immer wieder gefordert. Und was jetzt in Ungarn geschieht, dürfte, so meint der SPD-Pressedienst erst ein Anfang sein, „die Tschechoslowakei zeigt ebenfalls Neigung" . . . usw. Aber man will gar nicht, daß die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgehen. „Trotz aller Warnungen", schreibt der sozialdemokratische Pressedienst:

„Zu Hunderten melden sich auf der ungarischen Gesandtschaft Menschen, die in ihre Heimat zurückkehren wollen. Schlangen standen in den letzten Tagen vor dem Gebäude. Diese Menschen gehen schwarz über die Zonengrenze, sie kommen schwarz aus Westdeutschland und schlagen sich nach Wien durch."

Nun aber zeigt sich die ganze Verworfenheit und Hinterhältigkeit der sozialdemokratischen Propaganda.

„Das ist eine mehr als merkwürdige Situation. Während sich die Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen ständig verschlechtern, werfen Deutsche alle Vorbehalte von sich und kehren dem Westen den Rücken . . . Von einer politischen Anziehungskraft wird man wohl nicht sprechen können. Aber von einer Schuld des Westens, der wertvollste Menschen ziehen läßt."

Wertvollste Menschen? Warum hat man nicht die Bodenreform durchgeführt, wenn diese Menschen wertvoll sind, wie es in der Deutschen Demokratischen Republik geschah, wo sie zum großen Teil Bauern auf eigener Scholle wurden. Warum hat man statt dessen den Gutsherren, die dort enteignet waren, hier im Westen wieder zu Gütern verholfen? Man hat auch keine Arbeit für die Mehrzahl von ihnen beschafft und sie bis auf den heutigen Tag in menschenunwürdigen Baracken und Niessen-Hütten vegetieren lassen. Wofür sind sie den Machthabern im Westen plötzlich „wertvoll"? Der SPD-Pressedienst sagte: „Während sich die Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen ständig verschlechtern . . ." das ist es. Bewußt werden die Beziehungen zwischen Ost und West von den westlichen Kriegstreibern ständig verschlechtert. Für den Krieg, den man vorbereitet und für den General Lucius D. Clay am Sonntag, den 7. Mai die Aufstellung einer westdeutschen Infanterie gegen die Sowjetunion forderte, dafür wären die Flüchtlinge „wertvollstes Menschenmaterial".

Kanonenfutter braucht man in Westdeutschland. Darum beklagt man, daß es „Flüchtlinge" gibt, die in ihre Heimat zurückkehren können, was allerdings nur für einen kleinen Teil von ihnen in Frage kommt. Alle aber müssen sie dafür kämpfen, daß für Deutschland der Frieden gewonnen wird und daß es eine einheitliche deutsche demokratische Republik wird in der alle Deutschen Arbeit und Brot finden. E. M.

1 Million Bauern sollen deportiert werden

Die Bonner Separat-Regierung will deutsche Bauern als billige Arbeitskräfte nach Amerika liefern

Bonn. (EB.). Der „Bundesflüchtlingsminister" Lukaschek äußerte sich zustimmend zu dem Vorschlag amerikanischer Kolonialherren, 250 000 deutsche Bauern mit ihren Familien nach Uebersee zu deportieren. Wörtlich erklärte er: „das Studium des Berichtes hat mich sehr glücklich gemacht".

Eine Million deutscher Menschen sollen also ins Ausland deportiert werden. Menschen, die durch die verderbliche Politik der deutschen Imperialisten und ihrer faschistischen Handlanger in der Vergangenheit alles verloren haben und denen die heutigen „Machthaber" des Bonner Vasallenstaates zwar nur leere Versprechungen, aber nie eine neue Heimat gegeben haben, sollen jetzt einen neuen Flüchtlingszug ins Unbekannte antreten.

Lukaschek ist „sehr glücklich" darüber. Denn auf diese Art glaubt er die ihm lästig gewordenen Menschen los zu werden, denen die westdeutsche Separatregierung bisher Land und Boden verweigert hat. Die Herren in Bonn wollen eine Million deutscher Menschen der Ausbeutung ausländischer Machthaber ausliefern. Denn für die amerikanischen Feudalherren sind die deutschen Bauern billiger als die versklavten Neger. Vergebens schauen wir nach Protesten gegen diese geplante Menschenverschleppung in bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen.

Deshalb müssen die landlosen Bauern und Landarbeiter die Durchführung der Bodenreform in Westdeutschland fordern. Allein 800 000 Bauernfamilien — also rund 4 Millionen Menschen — könnten auf eigener Scholle mit je 7 Hektar Größe angesiedelt werden, wenn die Zerschlagung des in Westdeutschland noch vorhandenen Großgrundbesitzes durchgeführt werden würde. Denken wir nur daran, daß die zehn größten fürstlichen Feudalisten in Westdeutschland 644 000 Hektar Land besitzen, auf dem allein 92 000 Bauernwirtschaften errichtet werden könnten.

Doch die Bonner Separatregierung ist für die Deportation der deutschen Bauern, um damit die lästigen Rufer nach einer Bodenreform los zu werden. Um so mehr müssen sich die deutschen Bauern zusammenschliessen und gemeinsam mit den Werktätigen in den Betrieben gegen die koloniale Unterdrückung des deutschen Volkes und für ein einiges, freies und demokratisches Deutschland kämpfen. Sie müssen — genau wie ihre Brüder in der Deutschen Demokratischen Republik — den Großgrundbesitz zerschlagen und auf der Basis des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der deutschen Landwirtschaft eine gesicherte Zukunft schaffen. Die bedeutsame gesamtdeutsche Agrarkonferenz in Eisenach am 18 bis 21. Mai — an der auch 500 westdeutsche Bauern teilnehmen werden — wird zu einem wertvollen Gedankenaustausch der deutschen Bauern führen und Wege zeigen, um die deutsche Landwirtschaft vor dem Ruin und den deutschen Bauern vor einem Sklavenlos in fremden Landen zu bewahren.

Minister Heinemann gegen Eisenach

Im Lande Thüringen, in Eisenach, findet vom 18.—20. Mai die große gesamtdeutsche Beratung der Land- und Forstwirtschaft statt. Die ganze Scheinheiligkeit der von Bonn gestarteten Propaganda für sogenannte „gesamtdeutsche freie Wahlen" wird durch das Vorgehen des Bonner Innenministers Heinemann gegen die Eisenacher Tagung beleuchtet. Heinemann hat allen Agrarwissenschaftlern und Praktikern, soweit sie sich in Staatsstellungen befinden, mit Repressalien gedroht, sofern sie weiterhin im gesamtdeutschen Arbeitskreis der Land- und Forstwirtschaft mitarbeiten oder an dessen Tagung in Eisenach teilnehmen sollten.

Zur gleichen Zeit erfolgte eine Stellungnahme des Präsidiums des westdeutschen

Man kann uns verleumden, man kann uns verfolgen — unseren Friedenswillen aber kann keiner zerbrechen!

Bauernverbandes gegen die Eisenacher gesamtdeutschen Beratungen. Dr. Hermes, der Präsident des westdeutschen Bauernverbandes schwieg anfänglich zu den Bestrebungen der westdeutschen und ostdeutschen Agrarwissenschaftler und Praktiker, ein gesamtdeutsches Gespräch der Landwirtschaft zustandezubringen. Als er aber nach kurzer Zeit feststellen mußte, daß diese Bestrebungen breiten Widerhall in der deutschen Landwirtschaft fanden, schaltete sich Dr. Hermes in die diesbezüglichen Verhandlungen ein. Von Persönlichkeiten des gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft konnten wir erfahren, daß Hermes ihm bekannte namhafte Fachleute in privatem Gespräch von der weiteren Mitarbeit am gesamtdeutschen Arbeitskreis abzuhalten versuchte.

Seine Bemühungen liefen nunmehr darauf hinaus, den Kreis der Tagungsteilnehmer möglichst eng und auf von ihm ausgesuchte Persönlichkeiten zu beschränken, sowie die Verhandlungen möglichst hinauszuziehen und zu komplizieren, um möglich ein Scheitern der ganzen Bestrebungen zu erreichen.

Dr. Hermes hatte keinen Erfolg. Er konnte die Mitarbeit westdeutscher Agrarwissenschaftler und Praktiker an den gesamtdeutschen Beratungen nicht verhindern. Sogar die „Welt" vom 5. Mai 1950 mußte feststellen, daß: „Der niedersächsische Landwirtschaftsminister, Dr. Dr. Gereke (CDU), wird an seiner Absicht festhalten, zu der für den 18. Mai auf Initiative maßgebender östlicher Stellen einberufenen gesamtdeutschen Agrarkonferenz nach Eisenach zu fahren."

Die anglo-amerikanischen Kriegshetzer, die die Einheit Deutschlands mit allen Mitteln verhindern wollen und ihre Handlanger in Westdeutschland waren über das Scheitern der Bemühungen des Präsidenten des westdeutschen Bauernverbandes Dr. Hermes bestürzt. Sie versuchen nun, die gesamtdeutschen Bestrebungen in der deutschen Landwirtschaft zu unterbinden, indem sie die Tagung in Eisenach als rein kommunistische Angelegenheit abstempeln.

Doch sie werden sich täuschen: die Bonner Regierung und die westdeutsche reaktionäre Bauernführung entlarven sich damit nur vor der westdeutschen Bauernschaft, die bisher scheinbar ihre beste Stütze war. Sie beweisen damit dem Bauer nur, daß es ihnen weder mit der Einheit Deutschlands Ernst ist, noch daß sie ernsthaft bemüht sind, die gegenwärtige und in naher Zukunft noch stärker werdende Agrarkrise zu lösen.

N. R.

Die ganze Welt fordert Atomwaffen-Verbot

Paris. (SVZ) 250 000 französische Intellektuelle erklärten sich auf dem 5. Kongreß der Nationalen Union französischer Geistesschaffender mit den Stockholmer Beschlüssen zur Aechtung der Atomwaffen einverstanden.

In Großbritannien forderte die Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft der Warenhausangestellten, die 350 000 Mitglieder zählt, die britische Regierung auf, nochmals bei der UNO zu intervenieren, um, gemäß den Stockholmer Beschlüssen, ein absolutes Verbot der Atomwaffen herbeizuführen.

Mehr als 100 000 Unterschriften wurden bereits in der südfranzösischen Hafenstadt Marseille gesammelt. In Bulgarien unterzeichneten 5 Millionen und in Rumänien 6 800 000 die Listen zur Aechtung der Atomwaffen.

Pressestimmen

Hohe Kommission soll freundlicher warnen

Im Allgemeinen ist es ratsam, wie die Hohen Kommissare selbst einsehen, sich nicht in die gesetzmäßige Kompetenz des Bundesparlaments einzumischen. Wenn es jedoch aus Sicherheitsgründen oder wegen der deutschen Kurzsichtigkeit notwendig ist, sollte das Ziel darin bestehen, die Regierung so frühzeitig wie möglich zu warnen, bevor das Parlament zu weit gegangen ist. Wenn die Regierung dann, trotz der freundlichen Warnung der Hohen Kommission auf ihrem Kurs beharrt, sollte das Veto oder die Mißbilligung der Hohen Kommission sofort und nicht nach drei oder vier Wochen stiller Ueberlegungen auf dem Petersberg ausgesprochen werden. Indem sie das Einkommensteuergesetz mißbilligte, tat die Hohe Kommission leider alles, was aller Wahrscheinlichkeit nach die deutsche öffentliche Meinung beleidigen mußte.

„The Times", London

Der Unterschied liegt nur in der Methode

Die „Antwort" Präsident Trumans auf die SS-Forderungen des Senators McCarthy, (des Senators, der Kommunisten im amerikanischen Staatsdepartement suchte, d. Red.) läßt sich so zusammenfassen: Wir tun, was sie wollen, Mr. McCarthy, aber wir machen es besser. Wir machen es in einer Weise, um die Nation nicht zu einem Widerstand aufzuschrecken und uns vor der übrigen Welt zu entlarven.

McCarthy wünscht einen offenen, brutalen Terror gegen jede Friedensbewegung, gegen die Gewerkschaften und die Neger und natürlich gegen jedes Bekenntnis zum marxistischen Sozialismus. Präsident Truman kennt seine Leute besser als sein Kalter-Kriegskamerad McCarthy. Er weiß, daß es in unserem Amerika noch ein tiefes Gefühl für Demokratie, für die Rechte politischer Verteidigung und für Redefreiheit gibt. Seine Aufgabe, wie er sie versteht, ist es, die persönlichen Freiheiten zu unterminieren, zu verkrüppeln und ihren Tod vorzubereiten, während er anscheinend das Gegenteil davon tut. Diese Aufgabe, so glaubt Präsident Truman, kann er weitaus besser erfüllen, als der plumpere McCarthy . . . .

(„Daily Worker", New York)

Die „deutschen" Minister bemühten sich „zur Erbauung der Leser". . . .

Nachdem Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und Finanzminister Fritz Schäffer alle Forderungen der westlichen Alliierten befriedigt hatten, hob die Hohe Kommission heute ihre vorläufige Zurückweisung des neuen deutschen Steuergesetzes, das die Einkommensteuer herabsetzt auf.

Die deutschen Minister gaben dem Rat der alliierten Hohen Kommission nach, bemühten sich aber, auf einer Pressekonferenz ihre Kapitulation zur Erbauung der deutschen Leser in möglichst günstiges Licht zu rücken.

Trotz der Darstellung Adenauers von „einer besseren Atmosphäre" und den Ansprüchen Herrn Schäffers, daß er die westlichen Alliierten hinsichtlich der deutschen Forderungen „überzeugt" habe, stellt die Lage doch einen wichtigen Sieg der Westmächte in dem Tauziehen über die deutsche Souveränität dar . . . .

(„The New York Times")

Adenauer weicht dem Volkswillen aus

Bonn. (EB) Für die Donnerstagsitzung des Bundestages war erneut die Behandlung des Antrages der KPD-Fraktion auf Einstellung jeglicher Demontage in allen Betrieben der ehemaligen Reichswerke von Watenstedt-Salzgitter und die Aufhebung des Verbots aller politischen Versammlungen in diesem Gebiet durch die Hohen Kommissare auf die Tagesordnung gesetzt. Auf Verlangen der Protektoratsverwaltung wurde die Beratung des Punktes erneut verschoben. Die Behandlung des Protestes des deutschen Volkes soll später mit einem Bericht der Minister Dr. Schäffer und Storch verbunden werden, die gegenwärtig in Watenstedt-Salzgitter Pläne für die Verwertung der evtl. Rechte der ehemaligen Reichswerke auszuarbeiten versuchen. Durch die Erweckung neuer Illusionen soll der Kampfwille des deutschen Volkes gegen die Fortsetzung der Konkurrenzdemontage gebrochen werden.

Wieder 2 Opfer der Militärjustiz

Hannover. (EB) Ein britisches Obergericht unter dem Vorsitz von Richter Bainbridge verurteilte die beiden Mitherausgeber der „Niedersächsischen Volksstimme", Erich Jungmann und Heinrich Heyne, zu je drei Monaten Gefängnis mit einer „Bewährungsfrist" von je 12 Monaten.

Erich Jungmann und Heinrich Heyne hatten vorher vergeblich nochmals nachgewiesen, daß für ihre angebliche Schuld keinerlei Beweise vorhanden sind. Die beiden Verurteilten hatten in Artikeln gegen die britischen Konkurrenzdemontagen in Westdeutschland Stellung genommen.

Werftarbeiter streiken in Antwerpen

Antwerpen. (EB) 5000 Werftarbeiter in Antwerpen sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer einen Beschluß gefaßt haben, bestimmte Gruppen von Arbeitern der Werften von dem Bezug einer besonderen Arbeitslosenbeihilfe auszuschließen. Infolge des Streiks können die Reparaturarbeiten an einer Anzahl von Schiffen nicht fortgesetzt werden.

Kuomingtang-Vertreter müssen erst weichen

Sowjetische Delegation verläßt Komitee der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften

Genf. (EB) Auf der am Mittwoch in Genf eröffneten Tagung des Komitees der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften beantragte die sowjetische Delegation den Ausschluß der anwesenden Kuomingtang-Vertreter. Da der Antrag abgelehnt wurde, verließen die sowjetischen Delegierten die Tagung.

Neue Phase im Kampf des WGB

Di Vittorio eröffnete die Konferenz der Internationalen Berufsabteilungen im WGB

Budapest. (EB) Die erste Konferenz der Sekretariate der Internationalen Berufsabteilungen im WGB wurde am Mittwoch in Budapest eröffnet. An der ersten Sitzung nahmen neben dem Vorsitzenden des WGB, Di Vittorio, und dem Generalsekretär Louis Saillant, die Mitglieder des Exekutivausschusses des WGB und Vertreter der zwölf Internationalen Berufsabteilungen teil. Di Vittorio überbrachte in seiner Eröffnungsrede den ungarischen Werktätigen die Grüße der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in allen Ländern der Welt und umriß die künftigen Aufgaben der Weltgewerkschaftsbewegung, die in eine neue Phase des Kampfes für die Verwirklichung der sozialen Forderungen aller Werktätigen, für das Recht auf Arbeit und für die Erhaltung des Friedens getreten ist. Die nächste Zukunft, erklärte Di Vittorio, werde eine Verschärfung der Unterdrückung und Kriegspolitik der anglo-amerikanischen Imperialisten mit sich bringen. Aufgaben der Gewerkschaften sei es, den Versuchen der Imperialisten, die Krise zu exportieren, und ihre Positionen in der Welt zu verstärken. Einhalt zu gebieten.

Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN

Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

19. Fortsetzung

„Ich werde euch vom Anfang alles Lebens erzählen. Einst war es ganz dunkel. Gegen Mittag saß der Schöpfer und überlegte, wie er es hell werden lassen könne. Lange dachte er nach. Dann schuf er einen Raben und sagte:

„Fliege hin und bohre mit dem Schnabel ein Loch für das Morgenrot!"

Der Rabe flog nach Osten und pochte lange mit dem Schnabel, dann kehrte er zum Schöpfer zurück und sagte:

„Ich kann das Loch nicht bohren!"

Der Schöpfer erzürnte, packte ihn, schleuderte ihn von sich und sagte:

‚Ich brauche dich nicht, fauler Vogel! Hinweg mit dir! Ich werde dich nicht ernähren! Suche dein Futter selbst!'

Dann machte er ein Vögelchen. Das flog hin und pochte mit dem Schnabel. Ganz wund schlug es sich und bohrte ein kleines Loch. Dann kam es zurück.

‚Was hast du getan?'

‚Ich habe ein kleines Löchlein gebohrt.'

‚Bohre ein großes!'

Das Vöglein flog wieder fort und pochte wieder mit dem Schnabel. Ganz stumpf wurde er dabei. Der kleine Körper wurde schwach, die Federn gingen ihm aus. Aber das Loch hatte es gebohrt. Das Morgenrot sprühte hervor, es wurde hell. Das Vögelchen ging zu Fuß zum Schöpfer. Unterwegs fand es keine Nahrung. Es trocknete ganz aus, seine Knochen wurden dünn, und es war noch kleiner geworden. Aber es langte doch an.

‚Ich habe es gemacht. Jetzt ist es hell auf der Erde', sagte es.

‚Ah, ah!" freute sich der Schöpfer.

Er bekleidete das Vögelchen mit neuen Federn, spitzte sein Schnäbelchen wieder zu, gab ihm ein Nest unter einem Erdklumpen in der Tundra und sagte:

„Lebe und vermehre dich!"

Tygrena sah Waamtscho an. Er lächelte ihr zu und richtete seinen Blick wieder auf Waal.

„Dann warf der Schöpfer Seehundsknochen auf die Erde und sagte: ‚Werdet zu Menschen!'" fuhr Waal fort. „Der Schöpfer machte ein weißes Rebhuhn, schickte es auf die Erde, um die Menschen zu besuchen. Das Rebhuhn flog ein Stückchen, kehrte aber bald zurück und sagte zu dem Schöpfer:

‚Es ist zu weit, o weh! Ich konnte nicht bis dahin fliegen.'

Da packte der Schöpfer das Rebhuhn an den Schwanzfedern und schleuderte es ins Weidengestrüpp.

‚Lebe in der Tundra! Ich werde dich nicht ernähren. Suche selbst dein Futter!'

Wen sollte er auf die Erde schicken, um Nachricht zu bekommen? Er schuf die Eule. Die Eule machte sich auf und erreichte die Erde. Ihre Augen waren groß und sahen von ferne vier Menschen. Zwei Männer und zwei Frauen. Sie standen auf der Erde und wagten es nicht sich zu setzen. Die Eule kam nicht wieder. Wie kann ich Nachricht bekommen? dachte der Schöpfer. Er schuf den Fuchs und sagte:

‚Geh hin!'

Der Fuchs ging davon, konnte die Erde aber nicht erreichen. Er wollte lügen und kehrte zurück.

‚Es gibt keine Erde und keine Menschen. Wo sollen da Menschen sein? Es ist doch alles leer.'

Der Schöpfer faßte den Fuchs und schleuderte ihn von sich:

‚Ich brauche dich nicht, Betrüger! Ich weiß, daß es Menschen gibt. Lebe in der Tundra und komme mir nicht mehr unter die Augen! Ich ziehe dir sonst das Fell ab.'

Viele Tiere schickte der Schöpfer, den Blaufuchs und den Wolf.

Nichtswürdige! Niemand konnte Nachricht bringen. Da machte sich der Schöpfer selbst auf. Er begegnete einem Menschen, faßte ihn an der Schulter und hieß ihn sitzen. Neben ihn setzte er eine Frau.

Da vermehrten sie sich und wurden zum Volk.

Aus Weidensträuchern machte der Schöpfer Rentiere.

„Hier habt ihr Nahrung! Tötet sie und lebt!'"

Waal räusperte sich und sagte:

„Die Geschichte ist aus."

XIX

Immer, wenn Tygrena das Zelt des alten Waal verließ, befielen sie traurige Gedanken.

Hier versammelten sich gute Menschen, wirkliche Menschen. Unter ihnen fühlte man sich wohl und vergaß das bedrückende, unfrohe Leben in dem verhaßten Zelt Alitets Zuweilen suchten sie böse Gedanken heim: Aje lebte irgendwo in der Ferne. Wahrscheinlich würde er heiraten. Es gab ja auch in den Bergen Mädchen. Und nur Waamtscho scheuchte für eine Weile ihre finsteren Gedanken.

Auch diesmal verlor sie ihre gute Laune auf dem Heimweg. Es widerstrebte ihr, dorthin zu gehen. Schweigend kroch sie ins Wohnzelt und erblickte dort — den alten Rentierzüchter Etschawto.

„Tygrena, bist du da?" begrüßte sie der Fremde.

„Ja, ich bins" antwortete Tygrena und legte schweigend ihre Pelzkleider ab.

Sie setzte sich ans Feuer und trank gierig in großen Zügen den heißen Tee.

Der alte Etschawto, der neue Freund, saß neben Alitet und dem Schamanen Korauge. Auch hier festigte das Feuerwasser die Freundschaft mit dem reichen Rentierzüchter.

Alitet war vom erfolgreichen Handel befriedigt und guter Laune. Wie alle Männer saß er nackt im heißen Wohnzelt, und nur auf seinen Knien lag ein Jungtierfell.

Vom Branntwein benebelt, unterhielten sie sich über Rentiere, Rauchwerk und die Felle von Seetieren.

„Mit jedem Jahr wird deine Herde größer werden, Alitet. Wenn die Kälber zur Welt kommen, wird sie sich verdoppeln", sagte Etschawto. „Und im Sommer werde ich dann viele Riemen aus Walroßhaut schneiden und viele Seehundsfelle bereiten, dann nehme ich mehr Rentiere", sagte Alitet.

„Richtig, Alitet! Diese Waren brauchen die Nomaden auch sehr dringend. Für jedes Fell bekommst du zwei lebende Rentiere. Für jede Rolle Walroßriemen ein Tier."

„Im Handelszelt meines Freundes Charlie werde ich noch viel Tee und Waren aus Eisen holen und alles für den Erwerb von Rentieren verwenden. Charlie hat mir gesagt, daß sie nichts wert sind. Doch sie gedeihen hier leicht und es gibt viele in Tschutkotka, aber Waren aus Eisen, ziegelroter Tee und Tabak gedeihen hier nicht. Teuer ist jede Ware aus Eisen. Ein Topf, ein Messer, eine Platte Tee — jedes ist ein Rentier wert. Auch Nadeln aus Eisen gedeihen hier nicht und sind teuer. Die Frauen können ja nicht mehr mit Nadeln aus Knochen nähen. Ja, Etschawto, ohne Waren aus Eisen ist das Leben für die Menschen schwer. Ich werde dem Nomadenvolk mit Handelswaren aushelfen; hilf du mir, eine große Herde anzuschaffen!"

„Alitet, du bist mein Freund. Ich hab allen Nomaden gesagt, Alitet bringt unseren Gebirgsmenschen viel Nutzen. Sie haben keine Hunde, sind mit den Herden beschäftigt und können nicht selbst an die Küste ins Handelszelt fahren. Du aber kommst in die Berge und bringst selbst Waren mit. Du erleichterst das Leben der Menschen in den Bergen", sagte Etschawto einschmeichelnd.

Plötzlich erzählte der Schamane Korauge, der die ganze Zeit über geschwiegen hatte:

„Dein Großvater, mein Vater, hatte große Herden. Aber die Geister, die er erzürnt hatte, schickten seinen Rentieren eine Krankheit und töteten sie. Dann sind wir an die Küste gezogen, wo die Menschen Mäuse fressen. Damals war ich noch ganz klein."

„Korauge spricht die volle Wahrheit", sagte Etschawto.

„Ja, ja, das ist die volle Wahrheit. Mein Vater war ein großer Rentierzüchter, er ist aber hier, an der Küste, als ganz armer Mann gestorben, als Seejäger. Ich aber habe mich mit den Geistern angefreundet. Sie hören auf mich, und bevor ich sterbe, werde ich dir helfen, eine große Herde zu schaffen. Und wenn ich dahingehe", der Schamane zeigte zum Himmel, „werde ich deinem Großvater sagen: Wir haben deine Herden wiedergefunden."

Das runzlige Gesicht Etschawtos bedeckte sich mit großen Schweißtropfen. Sein langer Bart wurde feucht.

„Etschawto", sagte Alitet, „du bist mein größter Freund. Meine erste Frau ähnelt jetzt einem alten Seehund, der wenig Fett und auch kein glattes Fell mehr hat. Aber meine zweite Frau. . ."

Er lächelte und fuhr fort:

„So eine hast du noch nicht gesehen."

Tygrena horchte auf. Ein unangenehmes Zittern befiel ihren starken Leib.

Verstohlen warf sie einen Blick auf den alten Etschawto und wäre am liebsten davongelaufen. Und als Alitet sagte, daß Etschawto in der Nacht seinen Platz einnehmen würde, wechselte Tygrena die Farbe und sagte laut flüsternd:

„Ich will es nicht!"

Vor Ueberraschung war Alitet verwirrt, aber er schwieg.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Kurt Müller als trotzkistischer Agent entlarvt und aus der Partei ausgestoßen

Referat des Vorsitzenden der KPD Max Reimann auf der außerordentlichen Vorstandssitzung vom 10. Mai 1950

Genossinnen und Genossen!

Das Sekretariat hat Euch zu dieser außerordentlichen Parteivorstandssitzung plötzlich zusammengerufen unter Hinzuziehung der Landesvorsitzenden, weil es Euch über einen wichtigen Vorgang in der Parteiführung informieren und einen entsprechenden Vorschlag zur Beschlußfassung vorlegen will.

Auf der 13. Parteivorstandssitzung, auf der wir die Lehren aus den Bundestagswahlen vom 14. August zogen, machte ich zum ersten Mal auf ernste Mängel in der Arbeit unserer Partei aufmerksam und betonte die Notwendigkeit der Arbeit zur ideologisch-politischen Festigung der Partei, zur Erhöhung der politischen Wachsamkeit und des Kampfes gegen Parteifeinde. In der Resolution der 13. Parteivorstandssitzung heißt es dazu u. a.:

„Die gesamte Partei muß erkennen, daß die in- und ausländischen Feinde des deutschen Volkes ihr ganzes Feuer auf die KPD, die konsequent und kompromißlos den Kampf um die nationale Befreiung des deutschen Volkes führt, richten. Der Gegner scheut kein Mittel der Verleumdung, der Lüge, der Verfälschung, der Unterdrückung, der Einschüchterung und des Terrors. Er bedient sich käuflicher Subjekte, Spitzel und Agenten, die er in die Partei schickt, um sie von innen zu zersetzen.

Nur auf marxistisch-leninistischer Ueberzeugung beruhende ideologische Festigkeit, die Einheit und Geschlossenheit, die eiserne Disziplin, sind die Gewähr dafür, daß alle Anschläge der Gegner auf die Partei zunichte gemacht werden."

Ungenügende Wachsamkeit leistet Agententätigkeit Vorschub

Bis zur 13. Parteivorstandssitzung hatte unsere Partei in ihrer Gesamtheit die Lehren aus dem Verhalten der verräterischen Tito-Clique nicht, oder nur in völlig ungenügender Weise gezogen und den Kampf gegen die Parteifeinde, gegen Agenten des Imperialismus, die sich auch in unsere Partei eingeschlichen hatten, in sträflicher Weise vernachlässigt. Demzufolge war die politische Wachsamkeit in unserer Partei nur sehr gering. Da gegen die trotzkistischen Agenten nur ungenügend und meistens nur mit administrativen Methoden gekämpft wurde, konnten diese vielerorts ihre zersetzende Tätigkeit in unserer Partei entfalten.

Der Rajk-Prozeß und der später durchgeführte Kostoff-Prozeß enthüllte, daß es sich bei der Tito-Clique um Agenten der imperialitischen Spionagedienste handelt, die schon lange vor der Entschließung des Informationsbüros aus dem Jahre 1948 ihre verräterische Tätigkeit entfalteten. Diese Prozesse enthüllten aber auch, daß die Tätigkeit der Agenturen des Imperialismus nicht nur auf Jugoslawien und auf die Länder der Volksdemokratien beschränkt ist, sondern in allen Ländern gegen die Kommunistischen Parteien und gegen die Arbeiterbewegung entfaltet wird.

Imperialistischer Spionagedienst und seine Agenten

Der Kostoff-Prozeß zeigte, daß bereits 1942 die imperialistischen Spionagedienste bemüht waren, vor allem Kommunisten als Agenten in ihren Dienst zu stellen, die in der Oeffentlichkeit bekannt waren. In erster Linie wandten sie sich dabei an solche, die sich entweder bei ihrer Vernehmung durch die bürgerlichen Staatsorgane nicht einwandfrei der Partei und der Arbeiterklasse gegenüber benommen hatten und evtl. sogar sich zu Spitzeldiensten verpflichteten, oder aber an solche, die in ihrer Vergangenheit schon einmal Differenzen mit der Partei hatten. Dabei bediente sich besonders der amerikanische Spionagedienst u. a. der Tätigkeit sogen. caritativer Organisationen, wie z. B. derjenigen, die unter Leitung des Agenten Field stand.

Die Fäden der Trotzkisten nach Westdeutschland

Es ist bekannt, Genossen, daß die Trotzkisten auch ihre Verbindungen nach Westdeutschland dadurch ausbauten und erweiterten, daß sie zunächst ihren Verbindungsleuten mit Hilfe dieser sogen. caritativen Organisationen Care-Pakete zustellten. Truman, der unlängst in einer Rede vor amerikanischen Redakteuren die Verstärkung der ideologischen Kriegsvorbereitung ankündigte, erhärtete diese eben von mir getroffene Feststellung, indem er u. a. erklärte:

„Die beachtlichen Erfolgsberichte unserer zahlreichen caritativen und religiösen Organisationen . . . sind ein Beweis dessen, was erreicht werden kann."

Der „Kalte Krieg" erhöht Agententätigkeit in der KPD

In dem Maße, wie der amerikanische Imperialismus seine Politik der Kriegsvorbereitung forciert, verstärkt er auch seine Tätigkeit zur Zersetzung des Lagers der Friedenskräfte und besonders der Kommunistischen Partei. Nachdem bereits vor einiger Zeit in einem in Amerika erschienenen und vom „Tagesspiegel" übernommenen Artikel die Verstärkung der Agententätigkeit gegen die Kommunistischen Parteien gefordert worden war, wird dieselbe Forderung nunmehr auch von dem in den USA sehr einflußreichen Trotzkisten James Burnham in seinem neuen Buch „Die künftige Niederlage des Kommunismus" erhoben. Der „Rheinische Merkur", das Blatt der katholischen Aktion, schreibt darüber in seiner Ausgabe vom 6. Mai im Leitartikel folgendes:

„Burnham vertritt die Meinung, der kalte Krieg sei ein wirklicher Krieg mit Sabotage, Untergrundbewegung und Zersetzung."

Agenten gilt es zu entlarven

Da Westdeutschland eine besondere Rolle in den Kriegsplänen des USA-Imperialismus spielt, ist offensichtlich, daß er hier seine Agententätigkeit gegen unsere Partei und gegen alle fortschrittlichen Kräfte aufs intensivste entfaltet. Darum gilt besonders für Westdeutschland die Verpflichtung, welche die November-Tagung des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien in ihrer Resolution „Die KP Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen" allen Kommunistischen Parteien auferlegt:

„Nach Ansicht des Informationsbüros besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen und Arbeiterparteien darin, die revolutionäre Wachsamkeit in ihren Reihen allseitig zu erhöhen und die bürgerlich-nationalistschen Elemente, sowie die Agenten des Imperialismus, unter welcher Flagge sie sich auch tarnen mögen, zu entlarven und auszumerzen."

Ideologische Klarheit ist Vorraussetzung erfolgreicher Wachsamkeit

Die Diskussion über die Resolutionen der 13. und der 14. Parteivorstandssitzung hat zweifellos bereits zur Hebung des ideologisch-politischen Niveaus unserer Partei, zur Verstärkung der politischen Wachsamkeit beigetragen. Dadurch konnten einige Agenten, die sich in unsere Partei eingeschlichen hatten, entlarvt werden, wie z. B. Georg Fischer, Herbert Müller, Latzke und Schappe. Es ist eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß, wenn es gelingt, einige vom Feind in unsere Partei entsandte Agenten zu entlarven, dies für die anderen und für ihre Auftraggeber eine Warnung ist und sie sich daher geschickter tarnen, durch Doppelzüngigkeit ihre wahre Rolle zu verstecken suchen, um ihre parteischädigende Tätigkeit weiterführen zu können. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Tätigkeit Trotzkis, Sinowjews, Kamenews und Bucharins in der KPdSU (B), Brandlers und Thalheimers in unserer Partei, die nach ihrer Entlarvung zunächst ihre Fehler bekannten um sich so das Vertrauen der Partei wieder zu erschleichen und dann mit verbrecherischen und konspirativen Methoden gegen die Partei und ihre Führung zu arbeiten.

Politische Wachsamkeit entlarvt den raffiniertesten Parteifeind

Wir würden darum einen großen Fehler begehen, wenn wir durch die Entlarvung einiger Parteifeinde auch nur einen Augenblick die Arbeit zur Stärkung der politischen Wachsamkeit im Zusammenhang mit der ideologisch-politischen Festigung der Partei und dem Kampf gegen die Parteifeinde vernachlässigen würden. Wir müssen im Gegenteil fortgesetzt die Arbeit zur Hebung der politischen Wachsamkeit und zur Entlarvung der Parteifeinde verstärken. Wenn wir dieses in unserer Partei beherzigen dann können sich Agenten zwar eine bestimmte Zeit durch ihr doppelzüngiges Verhalten tarnen. Jedoch eines Tages wird auch der Raffinierteste durch die politische Wachsamkeit unserer Partei entlarvt und vor der ganzen Arbeiterklasse als Spion und Agent des Imperialismus bloßgestellt sein.

Kurt Müller deckte Parteifeinde

Bei der Diskussion der Beschlüsse der 13. und 14. Parteivorstandstagung wurde das Sekretariat des Parteivorstandes von Genossen aus einer Reihe von Ländern, vor allem aus dem Land Niedersachsen, auf die Art des Verhaltens von Kurt Müller gegenüber Leuten, die inzwischen als Parteifeinde entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen sind aufmerksam gemacht. Die Genossen von Niedersachsen erklärten: Wir haben bereits 1945, 1946 und 1947 die Partei vor der Tätigkeit einiger Parteifeinde gewarnt, wurden aber von dem damaligen Landesvorsitzenden Kurt Müller zurückgewiesen, wobei Müller die Genossen, die vor den Parteifeinden warnten, als Sektierer bezeichnete und erklärte, daß angeblich diese Parteifeinde die besten Elemente seien, um unsere Partei zu einer Massenbewegung zu machen.

Diese Hinweise, die die Parteiführung über das Verhalten Kurt Müllers aus den unteren Parteieinheiten erhielt, veranlaßten uns, eine Untersuchung der Tätigkeit Müllers einzuleiten. Genossen! Gestattet mir, daß ich einige Beispiele über das Verhalten Müllers zu den bereits aus der Partei ausgeschlossenen Agenten anführe.

Ausschaltung des Landessekretariats durch Müller

Der damalige Bezirksvorstand Braunschweig stellte im Falle Wiesner beim Landesvorstand Niedersachsen Ausschlußantrag wegen der Fraktionssitzung mit ehemaligen KPO- und SAP-Leuten in Rieseberg-Niedersachsen unter maßgeblicher Beteiligung von Wiesner. Obwohl auch die „Willenserklärung der Rieseberger Konferenz" vorlag, aus der eindeutig zu ersehen war, daß es sich um eine ausgesprochene partei- und sowjetfeindliche Erklärung handelte, wies Müller den Ausschlußantrag an die Kreisleitung Braunschweig zurück, ohne durch das Landessekretariat eine Entscheidung fällen oder Maßnahmen beschließen zu lassen. Dadurch konnte Wiesner noch 2 Jahre lang Mitglied und Funktionär der Partei sein und ganze Einheiten der Partei gegen diese beeinflussen.

Wie der Parteifeind Kurt Müller gegen die Partei arbeitete

Kurt Müller wollte den Brandler-Agenten Söchtig 1945 zum ersten Kreissekretär in Watenstedt-Salzgitter einsetzen, obwohl ihm die Rolle Söchtigs vor 1933 bestens bekannt war, und obwohl die Genossen in Braunschweig bereits einen energischen Kampf gegen Söchtig als Parteifeind führten. Nach der Entlarvung Söchtigs als Parteifeind wurde er durch Müller noch zu Landessekretariats-Sitzungen eingeladen. Damit wurde der Kampf der Braunschweiger Genossen gegen Söchtig und seine Gruppierung auf das Stärkste behindert. Die Duldung und Deckung der parteifeindlichen Agentur Söchtigs in Watenstedt-Salzgitter durch Müller ermöglichte es, daß diese Agentur eine gewisse Zeit fast die gesamte Partei-Organisation in Watenstedt-Salzgitter lahmlegen konnte. Als der jetzige Kreissekretär der KPD von Braunschweig, Genosse Zscherpe, gelegentlich einer Konferenz die Machenschaften des Agenten Söchtig anprangerte, wurde er von Müller gerügt.

Obwohl gegen den Parteifeind Schwetje bereits Ende 1945 ein Ausschlußantrag wegen parteifeindlicher Umtriebe gestellt wurde, setzte Müller den Agenten Schwetje als 1. Kreissekretär in Watenstedt-Salzgitter ein. Müller kannte das parteifeindliche Verhalten Schwetjes vor 1933 und sein Verhalten während der Haft. Schwetje konnte durch diese bewußte Förderung durch Müller bis zur Jahreswende 1948/49 1. Keissekretär in Watenstedt-Salzgitter sein, obwohl er neben Söchtig einer der aktivsten Parteifeinde im dortigen Kreise war.

Genossen! Jeder weiß, daß Brandler Watenstedt-Salzgitter als einen der wichtigsten Punkte im Kampf gegen unsere Partei betrachtet. Von Watenstedt-Salzgitter aus gehen entscheidende Fäden der Parteifeinde und des Agenten Brandler nach wichtigen Punkten Westdeutschlands und der DDR. Watenstedt-Salzgitter konnte nur durch das schändliche Verhalten Müllers zu einem solch wichtigen Punkt für die Tätigkeit der Parteifeinde werden. Mit Recht stellt der jetzige Kreissekretär unserer Partei in Watenstedt-Salzgitter, der Genosse Zeißler, der wertvolle Arbeit im Kampf gegen die Parteifeide geleistet hat, fest, daß vor allem Kurt Müller für den Zustand der bis zum Jahre 1949 in unserer Partei in Watenstedt-Salzgitter herrschte, verantwortlich ist.

Genossen! Ich führe weitere Beispiele für dieses Verhalten Müllers für seine Unterstützung und Protegierung von Parteifeinden und Agenten in unserer Partei an. Gegen den Willen des damaligen Landessekretariats Niedersachsen wurde auf Veranlassung von Müller der Agent Edu Wald, Hannover, als Mitarbeiter in die „Niedersächsische Volksstimme" übernommen. Nach der Entlarvung des Edu Wald, als Parteifeind und seinem Austritt aus der Partei, durch den er dem Ausschluß zuvorkommen wollte, hielt Kurt Müller weiter mit ihm Verbindung.

Protektion für Agenten - Diffamierung treuer Genossen

Müller ist verantwortlich für die Einsetzung von Helmut Schmalz als Funktionär und als Vorsitzender der niedersächsischen Landtagsfraktion, trotzdem ihm die Vergangenheit von Schmalz, seine Mitgliedschaft in der trotzkistischen Organisation ISK und sein Ausschluß aus der KPD wegen Unterschlagung bekannt waren. Als Schmalz die bekannte Provokation gegen die Partei startete, wegen der er aus der Partei ausgeschlossen wurde, hinderte Müller die eingesetzte Kommission in ihrer Arbeit durch sein Dazwischentreten und gab damit Schmalz die Möglichkeit, vor Bekanntgabe des Ausschlusses aus der Partei auszutreten. Genossen, die in der Angelegenheit Schmalz wertvolle Angaben machen konnten, wurden von Müller diffamiert.

Diese Verteidigung, Förderung und Protegierung von Agenten und Parteifeinden wurde von Müller aber nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in einigen anderen Landesorganisationen unserer Partei praktiziert. Ich möchte nur den Fall Banasch, Gelsenkirchen, erwähnen. Die Partei wurde Anfang 1949 durch die verstärkte Aktivität des schon in der Illegalität ausgeschlossenen Agenten Banasch wieder auf denselben aufmerksam gemacht. Das Sekretariat des PV faßte daher am 12. 5. 1949 den Beschluß, daß jede Unterstützung des Agenten Banasch und der von ihm aufgezogenen Liga unterbleiben muß. Nach dieser Beschlußfassung wurden durch die Kaderabteilung des PV alle Landessekretariate mit Rundschreiben vom 21. 6 1949 angewiesen, im Sinne des Beschlusses zu handeln. Nach der Herausgabe dieses Rundschreibens wurde noch im gleichen Monat Banasch von Müller im Parteihaus empfangen. Nach der Aussprache, die Banasch mit Müller hatte, äußerte er sich, daß er mit dem PV zu vollkommener Uebereinstimmung gekommen sei, und daß Mitglieder unserer Partei weiterhin mit ihm zusammenarbeiten könnten.

Die Untersuchung des PV entlarvt Kurt Müller

Genossen! Diese von mir angeführten Tatsachen, die durch die Wachsamkeit unterer und mittlerer Parteifunktionäre und durch die von uns eingeleitete Untersuchung bekannt wurden, zwingen mich, die Frage aufzuwerfen, ob dieses Verhalten Müllers nur zufällig zustande kommt, oder ob es das Ergebnis einer bewußten und systematischen parteifeindlichen Tätigkeit ist. Die Fülle der angeführten Tatsachen schließt an sich schon die Möglichkeit aus, daß das Verhalten Müllers zu den Parteifeinden und trotzkistischen Agenten aus mangelnder Wachsamkeit zu erklären sei und zeigt bereits eine konsequente Linie in diesem Verhalten. Dieses wird noch deutlicher, wenn man die politische Vergangenheit Müllers berücksichtigt.

Der Partei ist bekannt, daß Kurt Müller die rechte Hand des abgefeimten Schurken Neumann im Kampf gegen die unter Ernst Thälmann stehende Führung der Partei vor 1933 war. Er war die rechte Hand des Heinz Neumann, der selbst noch in der Illegalität seine verbrecherische Tätigkeit gegen unsere heldenhaft kämpfende Partei fortsetzte, nachdem Wilhelm Pieck der Nachfolger Ernst Thälmanns in der Parteiführung geworden war. In der Schule Neumanns hat Kurt Müller die Methoden des intrigenhaften, doppelzüngigen, skrupellosen Kampfes zur Zersetzung der Partei und der Erschütterung des Vertrauens in die Parteiführung erlernt.

Er hatte damals den Auftrag, den Kommunistischen Jugendverband in einen Gegensatz zur Parteiführung und ganz besonders gegen Ernst Thälmann zu bringen. Durch ihn wurde Ernst Thälmann im Kreis der führenden Jugendverbandsfunktionäre diffamiert. Durch die von Neumann, Kurt Müller und Konsorten geführte Fraktionsarbeit in unserer Partei vor 1933 wurde die Partei gehindert, in der Durchführung der von Ernst Thälmann gestellten Aufgaben, im Kampf für die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen die immer drohender anwachsende faschistische Gefahr. So ist die fraktionelle Tätigkeit der Neumann und Müller eine der wesentlichen Ursachen dafür gewesen, daß unsere Partei vor 1933 nicht in der Lage war, ihre Aufgabe, die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse zur Verhinderung der faschistischen Diktatur zu erfüllen.

Nach der Entlarvung der parteifeindlichen Gruppe Neumanns durch die Hilfe Stalins, erklärte Müller, daß er seine parteifeindliche fraktionelle Tätigkeit bereue und durch seine Arbeit wieder gutmachen wolle. Die Partei schenkte Müller wieder ihr Vertrauen und gab ihm die Möglichkeit, sich in der Arbeit zu bewähren. So konnte er nach 1945 wieder bedeutende Funktionen in unserer Partei bekleiden. Landesvorsitzender in Niedersachsen und selbst stellvertretender Vorsitzender des Parteivorstands der KPD werden. Seine Tätigkeit nach 1945 und die bereits vorliegenden Untersuchungsergebnisse beweisen jedoch, daß die von Müller vor 1933 gezeigte Reue nur geheuchelt war, um sich in doppelzüngiger Weise das Vertrauen der Partei im Auftrage der Trotzkisten zu erschleichen, um so seine parteifeindliche Tätigkeit wieder aufnehmen zu können.

Um die parteifeindliche Agententätigkeit Kurt Müllers zu beweisen, möchte ich neben den vor mir bereits genannten Tatsachen, nach denen Müller Agenten vor der Entlarvung beschützt und sie protegiert hat, weitere Untersuchungsergebnisse Euch bekanntgeben.

Trotzkist und Agent einer fremden Macht

Müller hat die Verbindung zu entlarvten trotzkistischen Agenten auch nach ihrem Ausschluß aus der Partei weiter aufrecht erhalten. Er empfing in seiner Wohnung in Hannover die Besuche eines der gemeinsten Trotzkisten. Dieser ist in Niedersachsen als einer der gefährlichsten und gehässigsten Feinde unserer Partei bekannt und hat auch in Zusammenhang mit dem Demontagestop-Prozeß eine schmutzige Rolle gespielt. Verständlicherweise hat Müller das Parteisekretariat wie in allen anderen Fällen von diesen Begegnungen mit dem trotzkistischen Agenten nicht informiert.

Ich nehme an, daß Ihr mit mir der Meinung seid, daß ein Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes, dessen fraktionelle Tätigkeit in der Vergangenheit noch nicht vergessen ist, sich nicht mit einem bekannten und entlarvten trotzkistischen Agenten an einen Tisch setzt, um Kaffee zu trinken.

Kurt Müller unterhielt aber nicht nur Verbindungen mit bekannten trotzkistischen Agenten, sondern auch mit direkten Auftraggebern derselben. Er hatte das innigste Verhältnis zu dem mit der Ueberwachung der Kommunistischen Partei Beauftragten einer fremden Macht. Zu diesem unterhielt er bis in die jüngste Zeit hinein Verbindung.

Ich habe von dem Verhalten Müllers im Falle Schmalz bereits gesprochen. Mit Hilfe des Agenten Schmalz sollte, wie bereits erwähnt, eine Provokation gegen unsere Partei gestartet werden. Es ist uns bekannt, daß dieser Beauftragte an dieser Provokation nicht unbeteiligt war. Wenn wir nun das Verhältnis Kurt Müllers zu diesem Beauftragten beachten, erscheint das Eingreifen Müllers in die Untersuchung gegen Schmalz in einem neuen Licht. Man versteht dann auch, warum Kurt Müller Schmalz warnte, daß die Partei gegen ihn vorgehen würde.

Es ist auch eine Regel in unserer Partei, daß Parteifunktionäre und -Mitglieder keine Beziehungen zu Parteifeinden unterhalten dürfen. Müller hat diese von ihm selbst gefaßten Beschlüsse ständig gebrochen.

Die systematische Zersetzungsarbeit

Genossen! Diese von mir angeführten Tatsachen, die durch weitere erhärtet werden könnten, beweisen lückenlos die Agententätigkeit des alten Trotzkisten Kurt Müller. Sie beweisen seine Verbindung zu trotzkistischen Agenten und zu einem Beauftragten eines ausländischen Spionagedienstes. In ihrem Auftrage hat Müller nicht nur Informationen geliefert, sondern auch in der Partei eine systematische Arbeit zur Zersetzung und zur Erschütterung des Vertrauens zur Parteiführung betrieben.

Ich möchte auch hierfür nur einige Tatsachen anführen: In meiner Rede auf der 13. Vorstandssitzung führte ich u. a. die Resolution der Ortsgruppe Homburg an. Diese wurde von einem Manne namens Trinius entworfen, den Müller in einem späteren Artikel als „wildgewordenen Literaten" bezeichnete. Obwohl das Zustandekommen dieser Resolution bereits Gegenstand einer vom Landesvorstand Hessen eingeleiteten Untersuchung war, lud Müller Trinius ohne Wissen des Sekretariats des Parteivorstandes zu einer Aussprache ins Parteihaus, um Trinius zu veranlassen, in einem Artikel, der im Zentralorgan veröffentlicht werden sollte, das Landessekretariat Hessen anzugreifen. Dieser Artikel ist tatsächlich im „Freies Volk" erschienen und behandelte das Problem der Nationalen Front, jedoch waren im Artikel die von Müller gewünschten Angriffe gegen das Landessekretariat Hessen nicht enthalten. In diesem Artikel wurden falsche Thesen über die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vertreten, wodurch Verwirrung in die Partei getragen wurde. Indem Kurt Müller Trinius aufforderte, den Artikel zu schreiben, und die Veröffentlichung des Artikels im Zentralorgan veranlaßte, obwohl gegen Trinius bereits ein Untersuchungsverfahren eingeleitet war, das zum Ausschluß führte, gab er einem Parteifeind im Zentralorgan die Basis für die Vertretung seiner falschen und parteischädlichen Auffassungen.

Warum führe ich diese Beispiele an?

Ich mache die Genossen darauf aufmerksam, daß während der Solinger Konferenz und im Anschluß daran Kurt Müller gegenüber einigen Genossen in raffinierter Weise die Meinung vertrat, die nationale Politik der Partei sei im Referat des Parteivorsitzenden nicht genügend klar herausgearbeitet worden. Diese Meinung äußerte er nicht im Sekretariat, sondern in privaten Gesprächen, obwohl ihm das Referat vorher bekannt war, und dasselbe in einer Sekretariatssitzung vor der Konferenz durchberaten wurde. Die Solinger Konferenz war die erste Parteiarbeiter-Konferenz nach der Bildung des Parteivorstandes. Von der Durchführung der Solinger Konferenz hing erstens die Ausrichtung der Partei auf die Führung des Kampfes für die nationalen Interessen unseres Volkes und zweitens die Schaffung der Autorität des Parteivorstandes gegenüber den Mitgliedern und Funktionären unserer Partei ab. Die Durchführung der Solinger Konferenz war vollauf gelungen und bedeutete für die Partei einen wesentlichen Schritt vorwärts. Diesen Eindruck wollte Müller mit seiner Bemerkung erschüttern und die Autorität des Parteivorstandes, ebenso wie die des Parteivorsitzenden untergraben.

Eine alte Methode der Parteifeinde

Mit dieser Methode sollte die Partei in den Fragen der nationalen Politik ins Schwanken geraten und verwirrt werden, denn die nationale Politik unserer Partei ist in Verbindung mit dem Kampf um den Frieden der entscheidendste Schlag gegen den in- und ausländischen Imperialismus. Diese Methode Müllers ist alt. Sie wurde schon von Neumann und Konsorten im Kampf gegen Ernst Thälmann und das Zentralkomitee angewandt.

In ähnlicher Weise, wie er Trinius bewegte, einen Artikel gegen das Landessekretariat Hessen zu schreiben, versuchte Kurt Müller, den Genossen Willi Prinz zu überreden, gegen das Landessekretariat Rheinland-Pfalz einen Artikel zu veröffentlichen. Da der Genosse Willi Prinz selbst Bedenken dagegen hatte, und ihm dann auch Mitglieder des Sekretariats des PV davon abrieten, wurde der Artikel nicht geschrieben.

Genossen! Ich könnte noch viele Beispiele anführen. Auch Beispiele für die intrigenhafte Art, mit der Müller versuchte, Mitglieder des Sekretariats gegeneinander auszuspielen. Vor allen Dingen Beispiele von Intrigen, die sich gegen den Vorsitzenden der Partei richteten. Dies geschah alles mit dem Ziel, die Partei zu desorientieren, die Schaffung einer einheitlichen, geschlossenen Führung der Partei zu verhindern und das Vertrauen zur Parteiführung zu zerstören.

Tarnung und Doppelzüngigkeit

Um diese, seine parteifeindliche und schädigende Tätigkeit zu tarnen, bediente sich Müller wie in der Vergangenheit doppelzüngiger Methoden. Derselbe Müller, der in seiner ganzen Tätigkeit Parteifeinde schützte und protegierte, versuchte in solchen Fällen, wo Agenten restlos entlarvt waren und darum ihr Auschluß nicht mehr zu verhindern war, sich selbst in die Position des Anklägers zu bringen.

Die Diskussion, die im Ergebnis der 13. Parteivorstandstagung ausgelöst wurde und die damit begonnene Arbeit zur ideologisch-politischen Festigung der Partei und der Stärkung ihrer politischen Wachsamkeit versuchte er als das Ergebnis seines Artikels darzustellen. Auf Grund der heute bekannten Tatsache über die parteifeindliche Tätigkeit Müllers und seine Verbindungen zu Trotzkisten und zum Spionagedienst einer imperialistischen Macht steht fest, daß dieser Versuch unternommen wurde, um seine parteifeindliche Tätigkeit zu tarnen.

Genossen! Auf Grund aller von mir aufgezählten Tatsachen schlägt das Sekretariat dem Parteivorstand vor, folgenden Beschluß zu fassen: (Beschluß auf der 1. Seite unseres Blattes veröffentlicht).

Warum war die Agententätigkeit Kurt Müllers so lange möglich?

Genossen! Die Agententätigkeit Kurt Müllers konnte nur ausgeübt werden auf Grund des niedrigen ideologisch-politischen Niveaus unserer Partei und der nicht genügenden politischen Wachsamkeit. In einer ideologisch-politisch gefestigten Partei, in der die Mitglieder und Funktionäre über die Politik und die Durchführung dieser Politik wachen, hätte der Agent Kurt Müller seine parteifeindliche Tätigkeit nicht so lange und nicht in diesem Ausmaße ausüben können. Er wäre bereits früher entlarvt worden. Die Lehre, die wir hieraus zu ziehen haben, ist, daß die Arbeit zur ideologisch-politischen Festigung, zur Stärkung der politischen Wachsamkeit, zur Entlarvung von Parteifeinden und Agenten ununterbrochen in Verbindung mit der praktischen Arbeit fortgeführt werden muß. Dazu ist vor allen Dingen notwendig, daß wir in verstärktem Maße das Studium der Geschichte der KPdSU (B) und der Dokumente unserer Partei organisieren. Unsere Partei muß mit den Lehren des Kampfes ge-

(Fortsetzung auf Seite 4)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(Fortsetzung von Seite 3)

gen die Parteifeinde vertraut gemacht werden, wie sie durch die KPdSU (B), durch die Bruderparteien, durch den Rajk- und Kostoff-Prozeß und durch unsere eigenen Erfahrungen gesammelt wurden. Nur eine Partei, die ständig an der Hebung des ideologisch-politischen Niveaus und damit an der Stärkung der politischen Wachsamkeit ihrer Mitglieder und Funktionäre arbeitet, die in ihren Reihen keinerlei Agenten duldet, wird in der Lage sein, den Kampf unseres Volkes für den Frieden und für ein einheitliches demokratisches Deutschland siegreich zu führen. Nur eine solche Partei wird in der Lage sein, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die die Voraussetzung zum erfolgreichen Kampf unseres Volkes ist, in den Betrieben und Gewerkschaften zu schaffen. Darum muß die Diskussion über die Resolution der 14. Parteivorstandstagung in unserer Partei weitergeführt und in Verbindung mit dieser Disukussion die Neuwahl der Leitungen unter Hinzuziehung junger neuer Kräfte durchgeführt werden.

Keine andere Partei kann es wagen, so offen wie wir innerparteiische Fragen zu behandeln

Genossen! Die Feinde unserer Partei, die Feinde des werktätigen Volkes werden toben, wenn sie von dem Vorschlag, der Euch zur Beschlußfassung vorliegt, Kenntnis erder ganzen Partei und dem werktätigen Volk halten. Sie werden zum hundertsten Mal von einer Krise in der KPD reden. Wir aber wissen daß die Partei durch die Entlarvung und Entfernung von Agenten aus ihren Reihen nicht schwächer, sondern stärker wird. Wenn die Feinde toben, so beweisen sie damit nur, daß ihnen durch die Entfernung der Agenten und Spione aus unserer Partei schwere und empfindliche Schläge zugefügt werden. Keine andere Partei kann es wagen, in einer solchen Offenheit wie unsere Partei alle Fragen des innerparteilichen Lebens vor ihrer Mitgliedschaft und vor der gesamten Oeffentlichkeit aufzurollen.

Als wir auf der 13. und 14. Parteivorstandstagung und bei der Diskussion der Beschlüsse dieser beiden Sitzungen auch in der ganzen Partei mit aller Oeffentlichkeit die Mängel und Schwächen in unserer Parteiarbeit aufdeckten, als wir begannen, kritisch und selbstkritisch die ungenügende ideologisch-politische Arbeit und die mangelnde Wachsamkeit in unserer Partei festzustellen, gab es Genossen, die befürchteten, daß aus dieser Anwendung von Kritik und Selbstkritik der Gegner Kapital schlagen könne. Es hat sich gezeigt, daß wir Recht hatten, als wir entsprechend den Lehren von Lenin und Stalin, entsprechend den Erfahrungen der KPdSU (B) begannen, Kritik und Selbstkritik auf unsere Parteiarbeit anzuwenden und die Fehler und Schwächen unserer Arbeit vor zu diskutieren. Dadurch schuf die Partei die Voraussetzung zur Ueberwindung der Schwächen und Mängel in der Parteiarbeit, begann sie mit der ideologisch-politischen Festigung und der Erhöhung der Wachsamkeit gegenüber der Tätigkeit von Parteifeinden und Agenten des Imperialismus. Durch die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik wurden die Genossen in den Kreisen des Landes Niedersachsen, wo sich die Tätigkeit Müllers, seine Unterstützung und Förderung der parteifeindlichen Elemente am stärksten ausgewirkt hatte, veranlaßt, zu dem Verhalten Müllers kritisch Stellung zu nehmen und die Parteiführung auf diese Tatsachen aufmerksam zu machen. Die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik in unserer Partei half somit, den Parteifeind Müller, der einer der gefährlichsten Parteifeinde war, zu entlarven und ihn damit unschädlich zu machen.

Es darf kein Nachlassen in Kritik und Selbstkritik geben

Obwohl noch lange nicht in allen Parteieinheiten die Arbeit der Partei unter Anwendung von Kritik und Selbstkritik überprüft wurde, stellen wir heute schon ein Nachlassen in der Arbeit zur ideologisch-politischen Festigung der Partei, zur Hebung der politischen Wachsamkeit und in der Anwendung von Kritik und Selbstkritik fest. Genossen! Dies wäre die größte Gefahr für unsere Partei. Die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik ist das Entwicklungsgesetz einer marxistisch-leninistischen Partei, wie uns Lenin und Stalin lehren.

Wir können in aller Oeffentlichkeit Kritik und Selbstkritik auf die Arbeit unserer Partei anwenden, weil wir keine Geheimnisse vor unserer Partei, vor unserer Klasse und vor dem Volke haben. Wir können es, weil die Sache unserer Partei die Sache des Volkes ist.

Wir können es, weil die Stärkung unserer Partei im Interesse des Sieges des werktätigen Volkes über seine Feinde notwendig ist. Der Sieg unserer Klasse, der Sieg des Volkes im Kampf um den Frieden, um die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes hängt von der Einheitlichkeit und Geschlossenheit, von der idologisch-politischen Festigkeit unserer Partei ab.

Genossen! Es gibt keinen Zweifel darüber, daß, wenn wir die Arbeit zur ideologisch-politischen Festigung der Partei in Verbindung mit der Lösung unserer politischen Aufgaben weiterführen, daß dann unsere Partei ihre historischen Aufgaben erfüllen wird. Getreu dem Vorbild und unter der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion werden wir dem endgültigen Siege des Marxismus-Leninimus über alle Feinde des werktätigen Volkes entgegengehen.

61000 Mark für angebliches Radiumpräparat

Millitärregierung verkaufte vorteilhaft — Landtag zur Haushaltsprüfung

Stuttgart. (VSt.) In der Sitzung vom 10. Mai befaßte sich der Landtag mit den Prüfungen der Ausgabenwirtschaft in Württemberg-Baden in den Jahren 1945 bis 1947. Einige Einzelheiten darüber, wie in unserem Staatswesen mit den Steuergeldern umgegangen wird, sind bereits bei Bekanntwerden des Berichts des Rechnungshofes ans Tageslicht gekommen. Die „Volksstimme" berichtete seinerzeit über die Verschleuderung ungeheurer Summen durch das Befreiungsministerium an das höchst anrüchige Büro Rapp. Der Berichterstatter des Finanzausschusses, Abg. Pflüger, fügte den bereits bekannten Tatsachen noch hinzu, daß geprüft werden müsse, ob Rapp auch in Hessen und Bayern Bezüge für seine Mitarbeit bei der Entnazifizierung gehabt habe, die nach dem Vertrag hätten angerechnet werden müssen. Gegenüber dem Finanzausschuß sei behauptet worden, daß der Vertrag mit Rapp erst dann erneut in Kraft gesetzt worden sei nachdem er die Billigung des Präsidenten des Rechnungshofes gefunden habe. Der Präsident des Rechnungshofes bestreite das jedoch entschieden. Im Straßenverkehrsamt Stuttgart fehlten Belege über 68 000 Mark von denen angenommen werden könne, daß sie zum Teil in den umfangreichen Akten verborgen seien, aber gewisse Verdachtsmomente blieben bestehen. Die Fortsverwaltung ihrerseits habe nichts Eifrigeres zu tun als den entnazifizierten Beamten vom Datum des Beginns ihrer Wiederverwendung die vollen Bezüge auszuzahlen. Heute werden dafür (durch die Währungsreform abgewertet) 5200 DM zurückgefordert. Abg Schätzle, KPD, stellte zu dieser Häufung von Unregelmäßigkeiten fest, daß offenbar aus der Not der vergangenen Jahre eine Tugend gemacht wurde. Es sei höchst bedenklich wenn man an Hand des Berichts feststellen müsse, daß absichtlich gegen die Haushaltordnung verstoßen wurde, um überplanmäßige Ausgaben zu verschleiern. So seien nach dem Voranschlag zum Ausbau eines Klubhauses der Regierung in Stuttgart 42 000 Mark genehmigt, 59 000 Mark aber ausgegeben worden. Zu scharfer Kritik habe das Befreiungsministerium Anlaß gegeben. Als völlig unverständlich bezeichnete Abg. Schätzle, daß die Landeshebammenschule von einer Stelle der Militärregierung zum Preise von 61 000 Mark 10 Milligramm eines angeblichen Radiumpräparates kaufte, das nicht nur völlig unbrauchbar war, sondern auch nur einen Wert von 10 Mark hatte.

Ein vom Landtag beschlossener Antrag des Finanzausschusses erteilte für die Jahre 1946 und 1947 dem Staatsministerium Entlastung mit Ausnahme des Haushalts des Befreiungsministeriums. Für die Verstöße in diesem Ministerium soll die Verantwortlchkeit geklärt und dem Landtag über die getroffenen Maßnahmen berichtet werden.

Auch Rentner können künftig Arbeitslosenunterstützung erhalten

In der vorgestrigen Sitzung des württembergisch-badischen Landtags ist ein langwährendes Unrecht gegenüber den Rentnern beseitigt worden. Es handelt sich darum, daß Rentner, die noch in der Lage sind, etwas zu arbeiten, bisher nicht unter die Bestimmungen der Arbeitslosen-Versicherung fallen. Sie sind nach einer Verordnung des Jahres 1941 von der Beitragspflicht zur Arbeitslosen-Versicherung befreit und haben demzufolge auch bei eintretender Arbeitslosigkeit keinen Anspruch auf Unterstützung. Da es sich in der Hauptsache um Personen mit kleinen Renten handelt — andere sind ja meist nicht mehr in der Lage, ein Arbeitsverhältnis einzugehen — trifft sie die Arbeitslosigkeit sehr schwer. Sie fallen größtenteils der öffentlichen Fürsorge zur zusätzlichen Unterstützung anheim.

In der Praxis hat sich herausgestellt, daß in der Regel die Krankenkassen — als Träger der Sozialversicherung — die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung auch bei Rentnern erheben. Bei eintretender Arbeitslosigkeit werden dann die zu viel erhobenen Beiträge auf Antrag zurückerstattet. Das kostet jedesmal viel Aerger und Lauferei. Die Betroffenen konnten nicht einsehen, daß sie trotz der geleisteten Erwerbstätigkeit jetzt plötzlich außerhalb des Kreises der Arbeitsberechtigten gestellt wurden.

Der Landtag hat nun in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, die Bestimmungen, die dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung durch Rentner im Wege standen, aufzuheben. Es ist anzunehmen, daß die Staatsregierung in ihrem nächsten Regierungsblatt eine diesbezügliche Verordnung an die Versicherungsträger — Krankenkasse und Arbeitsamt — ergehen läßt.

Ein Berg, der ein Mäuslein gebar

Stuttgart. (VSt) Der Untersuchungsausschuß des Landtags, der die Unregelmäßigkeiten im Landwirtschaftsministerium untersuchen sollte, hat nach sieben Monaten einen geringfügig geänderten Bericht des DVP-Abgeordneten Dr. Helffenstein gegen die Stimme des Abg. Schätzle (KPD) angenommen. In diesem Bericht wird zum Ausdruck gebracht, daß man für die skandalösen Schiebungen in den Jahren 1946-47 im Landwirtschaftsministerium die Spitzen des Ministeriums nicht verantwortlich machen könne. Der Bericht bezieht sich in erster Linie auf die Entschuldigung, daß zu dem fraglichen Zeitpunkt ein übergesetzlicher Notstand vorgelegen habe.

Abg. Schätzle lehnte den von der Mehrheit angenommenen Bericht ab, weil man die Beamten des Landwirtschaftsministeriums nicht einfach von der Verantwortung freisprechen kann. Wesentliche Fragen, wie die Einstellung von Angestellten, die Behandlung des Falles Dubkes und die Weinbewirtschaftung wurden in der Erklärung nicht genügend beachtet. Abg. Schätzle wird dazu in der Plenarsitzung des Landtages ausführlich Stellung nehmen.

Kontroverse Ministerrat - Landeskommissar Groß

Es bestehe das Verlangen, die Landespolizei zu bestrafen, statt der Angeklagten im Entnazifizierungsprozeß

Vor einigen Tagen äußerte sich der amerikanische Landeskommissar Charles P. Groß auf einer Pressekonferenz zu der Entnazifizierungsaffäre. Groß kam dabei zu folgenden Feststellungen: Er habe das Gefühl, daß die in den Bestechungsaffären verwickelten Industriellen geschützt werden sollten. Ferner wurden anscheinend alle Bemühungen gemacht, die Landespolizei, die in dieser Angelegenheit einen hohen Grad von Zivilcourage gezeigt habe, „in Verlegenheit zu bringen", Es bestehe fast das Verlangen, die Landespolizei zu bestrafen, statt der Angeklagten im Entnazifizierungsprozeß. Die Zeugen der Verteidigung würden von der Staatsanwaltschaft nicht genügend ausgefragt.

Zu diesen Aeußerungen läßt sich das Staatsministerium für Württemberg-Baden folgenderweise vernehmen:

Der Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung sich mit den Erklärungen befaßt, die nach Mitteilung in den Tageszeitungen von dem US-Landeskommissar General Groß in der monatlichen Pressekonferenz am Donnerstag, dem 4. Mai, zum Prozeß May-Meyer-Keßler abgegeben worden sind. Der Ministerpräsident hat General Groß im Auftrag der Regierung mitgeteilt, daß die Richter bei dem in Frage stehenden Strafverfahren, aber auch die Richter im allgemeinen, über diese Erklärungen des Generals auf das stärkste beunruhigt sind, weil die Abgabe der Erklärung während eines schwebenden Verfahrens die Freiheit der Rechtssprechung beeinträchtige. Die Landesregierung hat ernste Befürchtungen, daß ein solches Vorgehen die richterliche Unabhängigkeit gefährdet.

Zu dieser Stellungnahme der Regierung sagt nun wiederum General Groß, daß er nicht die Richter des Entnazifizierungsprozesses kritisiert habe, sondern nur die Staatsanwaltschaft, wie es der Hohe amerikanische Kommissar und er von Anfang an getan hätten. Er sehe keinen Grund dafür, daß sich die Richter in ihrer Freiheit eingeschränkt fühlen könnten.

Die Kontroverse Ministerrat — Landeskommissar wäre an und für sich belanglos. Interessant ist nur, daß die württembergisch-badische Regierung auf einmal in laute Potestrufe ausbricht, während sie sich bisher bei allen Eingriffen der Besatzungsmacht in die Verfassung (denken wir z. B. an das Mitbestimmungsrecht) nicht gerührt hat. Die Regierung hat es gerade nötig, in dieser Frage eine derartige Erklärung abzugeben.

Gegen deutsche Söldnerarmee

Das Mannheimer Komitee der Kämpfer für den Frieden sendet uns untenstehende Verlautbarung, welche wir gerne der Oeffentlichkeit unterbreiten:

Das Mannheimer Komitee der Kämpfer für den Frieden, welches sich zur Aufgabe gesetzt hat, jeglicher Kriegshetze entgegenzutreten, ist zutiefst beeindruckt von der kommentarlosen Wiedergabe verschiedener Mannheimer Zeitungen über die Aeußerung des Generals Lucius D. Clay, nach welcher dieser gefordert haben soll:

„Die Aufstellung einer westdeutschen Infanterie unter alliierter Kontrolle für die Verteidigung Europas gegen die Sowjetunion. Er schlug vor, daß sich die anderen westeuropäischen Länder wie Frankreich und die Benelux-Staaten auf die Bodentruppen spezialisieren sollten, während England und die Vereinigten Staaten die Marine- und Luftwaffeninteressen wahrnehmen sollten."

Diese Pläne sollten einmal mehr für alle wahren Friedensfreunde eine Warnung und der Anlaß sein, sich zusammenzuschließen. und alle Kräfte für den Frieden einzusetzen. Wer erkannt hat, daß Leben und Wohlfahrt der Völker nur in friedlicher Entwicklung garantiert sind, der schließt sich dem Mannheimer Friedenskomitee an.

Die Macht des Friedens ist stärker als die der Armeen

Mannheim. (EB) Mittwoch abend hatte der Internationale Versöhnungsbund, der bekanntlich dem Komitee der Kämpfer für den Frieden beigetreten ist, zu einem Vortrag ins evangelische Gemeindehaus eingeladen.

In der Einleitungsrede umriß Pfarrer Kappes die Ziele des IVB. Der Zweck dieser Organisation sei, die gesamte Menschheit zum Kampf für den Frieden zu mobilisieren, überall Diskussionen um den Frieden zu organisieren und die Sehnsucht nach einem friedlichen Leben in allen Menschen wachzuhalten. Diese Zielsetzung dürfe jedoch nicht nur leeres Programm bleiben, sondern müsse unsere ganze Lebenshaltung bestimmen. „Der Friede unter den Völkern ist das hohe Gut, um das wir ringen müssen."

Anschließend hielt Pfarrer Dr. Platzhoff-Lejeune, ein Schweizer Mitglied des Bundes, das Hauptreferat, welches lautete: „Deutschland in der Entscheidung zwischen Krieg und Frieden." Seine vielseitigen und manchmal etwas weitschweifenden Ausführungen gipfelten in dem Ruf: „Hat es einen Sinn für euch Deutsche, gegen den Osten, gegen die eigenen Brüder vorzugehen?" Pfarrer Platzhoff-Lejeune schloß mit der Feststellung, daß es möglich ist, eine Friedensfront zu bilden und daß dies eine Aufgabe der nächsten Zukunft sei. Die Macht des Friedens sei stärker als die der Armeen.

In der folgenden Diskussion gab das bekannte Mitglied des Mannheimer Friedenskomitee, Rösinger, eine klare Uebersicht der gegenwärtigen Situation. Er unterstrich, daß im Westen viel Kriegshetze getrieben wird und warnte die deutsche Jugend für den Atlantikpakt ihr Blut zu vergießen. Dabei verwies er eindringlich auf die Aeußerung General Clays über die Aufstellung deutscher Infanterie. Rösinger verlangte das Verbot der Atomwaffe und forderte alle Menschen auf, keinen Handschlag für die Herstellung von Kriegsmaterial zu tun. Wir hätten keinen Kreuzzug des „christlichen Westens" gegen den Osten nötig, sondern es sei unsere Pflicht, uns mit allen Kräften für den Frieden einzusetzen.

Ein weiterer Diskussionsredner, Dr. Feith, wies auf die Bedeutung des Rundfunks hin, der sowohl der Aufklärung wie auch der Verhetzung dienen könne. Es sei die Aufgabe dieser Institution, Friedensarbeit zu leisten und nicht Hetzkampagnen gegen den Osten zu entfalten. Dr. Feith unterstrich die Rolle der Kommunisten in der Friedensfront. Es sei bezeichnend, daß es viele Leute gäbe, die sagen: „Wer für den Frieden ist, ist ein Kommunist. Darauf können die Kommunisten wirklich stolz sein." Die Friedensfront werde von Tag zu Tag stärker. Alle Hetze der Kriegstreiber könne diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen.

Aussprache-Abend der Schwetzinger Jugend über das große Deutschlandtreffen

Schwetzingen. Auch in Schwetzingen haben die Berlin-Fahrer eine öffentliche Versammlung der Jugend über das große Deutschlandtreffen der Jugend Pfingsten 1950 in Berlin durchgeführt. In dem gut besetzten Saal sprach Josef Korn von Heidelberg als Vertreter der FDJ über Sinn und Zweck des Treffens. Die Hetze über die angeblichen Putschabsichten der FDJ wird am besten widerlegt durch das Programm, das Pfingsten 1950 in Berlin ablaufen wird, und das von dem Referenten anschaulich geschildert wurde. Besonders hob er die Bedeutung des Kongresses junger Friedenskämpfer hervor. Aber auch die vielseitigen Kulturveranstaltungen und sportlichen Darbietungen von 40 000 Jugendlichen aus 60 Ländern der Welt werden das Deutschlandtreffen für jeden Teilnehmer zu einem bleibenden Erlebnis machen.

Der Referent zeigte dann, wie sich die Gegner dieses Friedenstreffens erhoben haben, um Hetze und Verleumdung gegen die deutsche Jugend zu schleudern. Es sind dieselben Kräfte, die verantwortlich sind für die Arbeitslosigkeit der Jugend in den westlichen Ländern, die eine steigende Jugendkriminalität hervorruft. Und von diesen Dingen haben sie jahrelang gegen den Osten eine schändliche Hetze getrieben, und nun fürchten sie, daß sich die Jugend mit eigenen Augen von der Unwahrheit ihrer Behauptungen überzeugt. Sie haben Angst davor, daß die Jugend sich nicht mehr durch ihre Tricks aufspalten lassen wird und in Zukunft immer so erfolgreich gemeinsam vorgehen wird, wie sie es beim Jugendurlaub in unserem Land getan hat. „Wollt ihr euch etwa von den 500 000, die den Frieden wollen, abschließen?", so stellte der Referent am Schluß die Frage. „Oder lehnt ihr das Kultur- und Sportprogramm ab? Laßt uns die aus dem Osten gereichte Bruderhand ergreifen!"

Die lebhaft geführte Diskussion zeugte von der einseitig beeinflußten Meinung der Heidelberger „Falken". Josef Korn erläuterte in seinem Schlußwort alle angeschnittenen Fragen klar und sachlich.

Auf zum Deutschlandtreffen!

Große Friedensaktion der Jugend

am Sonntag, dem 14. Mai 1950 — Treffpunkt: 9.00—9.30 Uhr am OEG-Bahnhof Mannheim (Friedrichsbrücke)

Friedens-Demonstration — öffentliche Kundgebung

nachmittags Musik und Tanz.

Berlinfahrer, Freunde der Jugend, Friedensfreunde, nehmt an diesem Großkampftag der Jugend teil!

Vorwärts zum Deutschlandtreffen Pfingsten 1950 in Berlin!

Ausschuß zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Mannheim

Der Landsonntag am 14. Mai fällt aus.

Neckarstadt-West: Freitag, 12. Mai, 19.00 Uhr, in der „Goldenen Schlange" Funktionärsitzung.

Neckarau: Freitag, 12. Mai, um 20 Uhr im Lokal „Engel" Funktionärsitzung.

Luzenberg: Freitag, 12. Mai, um 20 Uhr, in der Luzenbergschule Funktionärsitzung.

Kreisfrauenkonferenz: Sonntag, 14. Mai, um 15 Uhr im „Arion" Neckarstadt.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Karlsruhe-Durlach: Samstag, 13. Mai, um 20 Uhr im „Tannhäuser" Jahreshauptversammlung.

Landsonntag für sämtliche Stadtteile Sonntag, 14. Mai, gehen

nach Mörsch: Daxlanden, Grünwinkel, Junker & Ruh;

nach Neuburgweier: Knielingen, Mühlburg, Weststadt, I.W.K.;

nach Wohlfahrtsweier: Innenstadt-West, Innen-Ost und Riempp;

nach Wöschbach: Südstadt, Südwest, Bulach und Siemens;

nach Busenbach: Oststadt, Jagsfeld, Haid & Neu.

nach Völkersbach: Durlach, Sebold, Gritzner.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Eberbach. Freitag, 12. Mai, 20 Uhr in der „Rose" Generalversammlung.

Ziegelhausen: Samstag, 13. Mai, um 20 Uhr im „Hirsch" Generalversammlung.

Baiertal: Sonntag, 14. Mai, vorm. 9 Uhr im „Löwen" Generalversammlung.

Seine Firma um nahezu 50000 DM betrogen

Mannheim. Obwohl dem erst 24jährigen Angeklagten nachgewiesen werden konnte, daß er während seiner Tätigkeit bei der BBC-Mannheim, Motoren im Werte von vorsichtig geschätzt 31 000 DM veruntreut sowie weitere Beträge von rund 17 000 DM unterschlagen hatte, Summen also, die gewiß kein Pappenstiel darstellen, scheint sein Fall keineswegs allzu einmalig und hervorragend, da ähnlich gelagerte Delikte bei obengenannter Firma nicht zu den Seltenheiten zu gehören scheinen.

Diesen Eindruck mußte man im Verlaufe der Verhandlung und insbesondere durch das Plädoyer der Verteidigung unbedingt bekommen, obwohl sich die Vertreter und Sachverständigen der Firma in diesem Punkte durch bescheidenes Ausweichen und schamhafte Zurückhaltung auszeichneten. Man kann zwar die Taten des Haupt- sowie des Nebenangeklagten, der ebenfalls teilweise an den Betrugsdelikten beteiligt war, nicht aus der Welt schaffen. „Wenn andere auch Lumpen sind, nützt Ihnen dies nichts", meinte der Vorsitzende.

Trotzdem sei es ein Unterschied, ob man einem Menschen Gelegenheit gebe, zu betrügen oder nicht, äußerte sich der Verteidiger des Hauptangeklagten. Die Organisation und Kontrolle bei BBC habe sehr zu wünschen übrig gelassen.

Hinsichtlich des Vorlebens und der Umgebung des Angeklagten führte der Verteidiger an, sein Mandant habe zunächst den ganzen „Wehrmachtsrummel" mitgemacht, habe anschließend längere Zeit bei den Besatzungsmächten gearbeitet und sei so aus einer Umgebung gekommen, wo man den „guten alten Diebstahl" nicht mehr mit seinem richtigen Namen nannte, sondern den Menschen mit den entsprechenden „Fertigkeiten" wegen seines „Organisationstalentes" belobigte. Vor der Währung habe man bei BBC allgemein „kompensiert". Die Maschen der Ueberwachung seien ziemlich leichtsinnig angelegt gewesen und man brauche sich nicht zu wundern, wenn man schließlich mehrere Male auch von anderen Angestellten betrogen worden sei. Es sei unbegreiflich, wie die fortwährenden Betrügereien der beiden Angeklagten zustande kommen und längere Zeit nicht entdeckt werden konnten. Bei normalem Geschäftsgang dürfe so etwas nicht passieren. Das Urteil lautete bei dem einen auf 1 Jahr 5 Monate bei dem anderen auf 7 Monate Gefängnis.

Achtung, Landsonntag!

Am Sonntag, 14. Mai 1950 besuchen die Stadtteilgruppen die Ortsgruppen Ziegelhausen und Dossenheim.

Nach Ziegelhausen gehen: Altstadt, Mittelstadt, Bergheim, Rohrbach, Kirchheim-Nord, Kirchheim-Süd. Treffpunkt 10 Uhr vorm. Karlstor.

Nach Dossenheim gehen: Handschuhsheim, Neuenheim, Pfaffengrund, Wieblingen, Weststadt und Eppelheim. Treffpunkt 10 Uhr vorm. an der Tiefburg in Handschuhsheim.

Jede Ortsgruppe stellt zu diesem Landsonntag sechs Teilnehmer ab.

Im Umzugs-Räumungsverkauf

kaufen Sie zu **weit herabgesetzten Preisen** sehr vorteilhaft alle Stoffe, Fertigkleidung und Wäsche beim TEXTILHAUS

KARL SCHÄUBLE

Karlsruhe, Ecke Gerwig- und Tullastraße

Bei **PRINTZ** gereinigt: schön..wie neu!

FÄRBEREI PRINTZ

Annahmestellen an allen größeren Plätzen

Zeitersparnis das Gebot mit dem flinken Rad von Schroth

Nur 5 DM Wochenrate

Kaiserpassage und Kaiserallee 51 a

Zigarrenmacherinnen und -Wicklerinnen

melden sich beim Arbeitsamt Rastatt, Zimmer 6

Druck-sachen

aller Art liefert rasch u. preiswert

Rhein-Druck GmbH.

MANNHEIM

S 3, 10